

LANDTAG RHEINLAND-PFALZ

16. Wahlperiode

Unterausschuss
„Begleitung der Energiewende
in Rheinland-Pfalz“

9. Sitzung am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –

– Elektronische Fassung –

Protokoll

Beginn der Sitzung: 14:01 Uhr

Ende der Sitzung: 16:01 Uhr

Tagesordnung:

1. Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden
2. Wärmeeffizienz im Gebäudebereich
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/3548 –
3. Auswertung der Anhörungen vom 23. Mai 2012 bis 20. No-
vember 2013 – Zusammenfassung der Beratungen
– Vorlage 16/3929 –
4. Beschlussfassung über ein Anhörverfahren am 1. Oktober
2014
5. Verschiedenes

Ergebnis:

- Wahl erfolgt
(S. 3)
- Anhörung durchgeführt;
vertagt
(S. 2; 6 – 32)
- Kenntnisnahme
(S. 2; 4)
- Anhörung beschlossen
(S. 2; 5)
- (S. 33)

Herr Vors. Abg. Dr. Braun eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden.

Vor Eintritt in die Tagesordnung:

Der Ausschuss kommt überein, dass die Tagesordnungspunkte

3. **Auswertung der Anhörungen vom 23. Mai 2012 bis 20. November 2013 –
Zusammenfassung der Beratungen**
– Vorlage 16/3929 –
4. **Beschlussfassung über ein Anhörverfahren am 1. Oktober 2014**

vor dem Tagesordnungspunkt

2. **Wärmeeffizienz im Gebäudebereich**
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/3548 –

aufgerufen und behandelt werden.

Elektronische Fassung

Punkt 1 der Tagesordnung:

Wahl des stellvertretenden Vorsitzenden

Der Ausschuss wählt den Abgeordneten Marcel Hürter einstimmig zum stellvertretenden Vorsitzenden des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“.

Elektronische Fassung

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Auswertung der Anhörungen vom 23. Mai 2012 bis 20. November 2013 –
Zusammenfassung der Beratungen**
– Vorlage 16/3929 –

Der Ausschuss nimmt von der Vorlage 16/3929 Kenntnis und beschließt einstimmig, dass diese Bestandteil des Zwischenberichts wird.

Elektronische Fassung

Punkt 4 der Tagesordnung:

Beschlussfassung über ein Anhörverfahren am 1. Oktober 2014

Der Ausschuss beschließt einstimmig, zu dem Berichtsantrag

Nahwärmenetze und Kraft-Wärme-Kopplung – Zukunft des Ausbaus in Rheinland-Pfalz
Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/3989 –

am **Mittwoch, dem 1. Oktober 2014, um 14.00 Uhr**

ein Anhörverfahren durchzuführen.

Die Anzahl der Auskunftspersonen wird auf sechs im Verhältnis 3 : 2 : 1 festgesetzt.

Die Fraktionen teilen der Landtagsverwaltung die von ihnen zu benennenden Anzuhörenden bis zum 1. Juli 2014 mit.

Der Tagesordnungspunkt – Vorlage 16/3989 – wird vertagt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Wärmeeffizienz im Gebäudebereich

Antrag der Fraktionen der SPD, CDU und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nach § 76 Abs. 2 GOLT
– Vorlage 16/3548 –

dazu: Vorlagen 16/3983/3984/3985/3987/4005

– **Anhörverfahren** –

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Sie kennen alle die Vorlagen. Vielen Dank dafür, dass alle Anzuhörenden weitere Unterlagen geschickt haben, die uns schriftlich vorliegen.

Wir haben etwa 15 Minuten Vortragszeit vereinbart. Ich darf Sie bitten, sich in etwa daran zu halten, damit wir Nachfragen stellen und am Schluss vielleicht noch diskutieren können.

Für die VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik e.V., Berlin, spricht Frau Kerstin Vogt, Referentin für Energiepolitik. Ihre Stellungnahme liegt uns als Vorlage 16/3985 vor. Ich darf Sie um Ihren Vortrag bitten.

Elektronische Fassung

**Frau Kerstin Vogt, Referentin für Energiepolitik
VdZ – Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik e.V., Berlin**

Frau Vogt: Vielen Dank, Herr Vorsitzender. Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete, vielen Dank, dass ich heute die Möglichkeit habe, für unseren Verband Forum für Energieeffizienz in der Gebäudetechnik zu sprechen. Ich würde uns gerne kurz vorstellen, da der Name manchmal nicht so ganz verrät, was dahinter steckt. Wir sind der Dachverband der Heizungsbranche in Deutschland, das heißt, bei uns sind alle Partner der Wertschöpfungskette vertreten, die Heizungsindustrie – darunter der VDMA und der ZVI, die in Frankfurt sitzen –, das Handwerk mit dem großen Zentralverband Sanitär Heizung Klima, die für 50.000 Betriebe in Deutschland stehen, sowie der Großhandel für Haus- und Gebäudetechnik.

Wir freuen uns sehr, dass Sie das Thema Wärmeeffizienz und Gebäude heute in den Fokus genommen haben. Ich habe mir vorab zum Beispiel Ihre Roadmap zur Energiewende durchgelesen und mich gewundert, dass es kein Kapitel zum Thema Gebäude gibt. Es würde mich sehr freuen, wenn Sie die Inputs, die Sie heute bekommen, weitergeben und auch das zum Thema Ihrer Roadmap machen würden.

Wie Sie meiner schriftlichen Stellungnahme entnehmen konnten, ist der Sanierungsbedarf bei den Wärmeerzeugern in Rheinland-Pfalz im Bundesvergleich überdurchschnittlich hoch. Sie haben sehr viele alte Kessel, die über 15 Jahre alt sind, und immerhin noch ca. 50.000 Heizkessel, die schon über 30 Jahre alt sind und damit unter die Austauschpflicht nach der neuen EnEV fallen, außer es kommen noch diese kleineren Ausnahmen der Eigennutzung. Es gibt dort also ein sehr großes Potenzial, das Sie ausschöpfen können, vor allem, da ein alter Heizkessel oft ein Indiz dafür ist, dass das ganze Heizungssystem im Gebäude nicht mehr so aktuell ist und man vor allem durch Optimierungsmaßnahmen wie den hydraulischen Abgleich, eine einfache Rohrleitungsdämmung, den Austausch von Thermostaten oder der Umwälzpumpe sehr viel Energie einsparen kann.

Wie Sie gesagt haben, möchten Sie sich als Ziel setzen, dafür gute Rahmenbedingungen zu schaffen. Das würde uns und unsere Mitglieder sehr freuen, weil wir heute schon all die Techniken haben, die notwendig sind, um unsere Gebäude auf den neuesten Stand zu bringen und fit zur Erreichung der Klimaziele zu machen. In der Vergangenheit war das vor allem wegen der Bundespolitik sehr schwierig, da es keine stetigen Rahmenbedingungen gab.

Wir haben die letzten Jahre sehr damit zu kämpfen gehabt, dass die steuerliche Förderung versprochen, dann jedoch vom Bundesrat in letzter Instanz abgelehnt wurde. Es gab eine Menge Attentismus. Deswegen würden wir uns über feste, geeignete Rahmenbedingungen sehr freuen. Dazu zählen für uns vor allem eine zielgerichtete Förderung, eine qualifizierte Beratung und insbesondere die Information der Hausbesitzer.

Zur Beratung möchte ich weiter nicht viel sagen, weil ich glaube, dass meine Nachrednerin darauf sehr tiefgehend eingehen wird.

Zur Information: Wir als Verband im Bündnis mit anderen Verbänden, vor allem Bundesverbänden, sehen den Energieausweis als zentrales Instrument an, der zwar jetzt – auch durch die Einführung von Effizienzklassen – wieder mehr in den Mittelpunkt und in die Öffentlichkeit gerückt ist, aber aus unserer Sicht trotzdem noch kein geeignetes Instrument ist, um damit als Nachfragekriterium über die Auswahl einer Wohnung zu bestimmen, weil er einfach nicht vergleichbar ist.

Deswegen lautet unser erster Appell an Sie, sich bei der nächsten EnEV-Novelle als Land für eine wirkliche Reform der Energieausweise einzusetzen, hin zu einem vergleichbaren Energieausweis, sodass es tatsächlich nur eine Sorte Energieausweis gibt – aus unserer Sicht bevorzugterweise ein Bedarfsausweis –, mit nur einem wirklich verlässlichen Verfahren. Momentan haben wir Verbrauchs- und Bedarfsausweise. Bei den Bedarfsausweisen haben wir mittlerweile drei verschiedene Berechnungsmethoden, die zulässig sind und alle zu sehr unterschiedlichen Ergebnissen und damit neuerdings auch zu sehr unterschiedlichen Effizienzklassen führen. An dieser Stelle ist aus unserer Sicht eine grundlegende Reform notwendig. Sie können als Land großen Einfluss darauf nehmen, dass das geschieht.

Zur zielgerichteten Förderung: Neben der Bundesförderung, der KfW und der BAFA, die wir als sehr gut erachten, haben Sie als Land vielfältige Möglichkeiten, kleinteiliger zu fördern. Dazu habe ich in meiner schriftlichen Stellungnahme als Beispiel Hessen mit dem Pumpentausch gewählt. Das war eine sehr kurzzeitige Aktion, die aber das Thema energetische Gebäudesanierung in den Fokus gerückt hat, die auch über die Einsparungen, die durch den Tausch dieser Umwälzpumpen generiert wurden, sehr oft Initiator für viele nachfolgende Modernisierungsmaßnahmen war, weil der Heizungsbauer tatsächlich Zugang zum Keller bekommen hat. Das ist aus unserer Sicht vielfach noch schwierig, dass man, bevor die Heizung den Geist aufgibt, zielgerichtet Zugang für Modernisierungen bekommt und Modernisierungsempfehlungen abgeben kann.

Das kann zum einen durch eine Aktion wie den Pumpentausch gehen, bei der man eventuell Zuschüsse für die Heizungsumwälzpumpe leistet. Der Tausch der Umwälzpumpe kostet um die 200 Euro bis 300 Euro. In Hessen wurde das kurzzeitig mit 100 Euro bezuschusst, was zu einem Boom beim Umtausch geführt hat. Das erste Fördervolumen war nach einem Monat ausgeschöpft und das zweite dann nach dem zweiten Monat. Es ist sehr gut angekommen, und es war eine sehr unbürokratische Maßnahme, die vor allem vom Handwerk sehr positiv bewertet wurde.

Ähnlich wie den Pumpentausch können wir uns als Modernisierungsanreiz eine Förderung des Heizungs-Checks vorstellen, der vor einigen Jahren von unserem Haus zusammen mit dem SHK-Handwerk und den Schornsteinfegern entwickelt wurde. Der Heizungs-Check ist eine speziell auf die Heizung ausgerichtete Modernisierungsmaßnahme, bei der sich der Handwerker oder Schornsteinfeger in ca. einer Stunde alle Schwachstellen der Heizungsanlage – also nicht nur des Wärmeerzeugers, sondern auch der Wärmeübergabe, also der Rohrleitungen und Heizkörper – vornimmt und danach spezifische Modernisierungsempfehlungen sowie eine Bewertung, wie gut die Heizung noch läuft und in welchen Ecken tatsächlich etwas zu tun ist, abgibt. Daraus ergeben sich vielfach Modernisierungen, die der Hausbesitzer durchführt.

Dieser Check kostet um die 100 Euro, und auch da wäre aus unserer Sicht eine Förderung – vielleicht als zeitlich begrenzte Aktion – sehr sinnvoll, auch, wie gesagt, um das Thema energetische Gebäudesanierung publik zu machen und neu in die Medien zu bringen. Dort könnten wir uns entweder eine ähnliche Aktion wie die Pumpentauschaktion, also einen Zuschuss, vorstellen, vielleicht auch eine Einbindung des Heizungs-Checks im Rahmen der Beratung für das gesamte Gebäude, oder die Ausgabe von Gutscheinen für den Heizungs-Check durch das Ministerium.

Die niederschweligen, also gering-investiven Maßnahmen sowie die Beratung im Rahmen des Heizungs-Checks führen vielfach dazu, dass auch größere Maßnahmen wie der Kesseltausch oder eine Gesamtsanierung des Gebäudes durchgeführt werden. Man bekommt den Hausbesitzer sozusagen mit einem geringeren Einstiegsvolumen, dass er also meinetwegen die Pumpe für nur 300 Euro austauscht und sich dann über mehr Investitionen wie den Kessel oder danach vielleicht auch die Fenster oder eine Dämmung Gedanken macht und sich dann traut, mehr zu investieren.

Was unserer Sicht weniger zielführend ist, sind ordnungsrechtliche Eingriffe und Sanierungsverpflichtungen. Wir sehen beispielsweise die Entwicklung, dass sich viele Länder ambitioniert Erneuerbare-Wärme-Gesetze – abweichend vom Bundes-Erneuerbare-Energien-Wärmeengesetz – geben, relativ kritisch. Mit dem Erneuerbare-Wärme-Gesetz in Baden-Württemberg wurden die Hauseigentümer beim anstehenden Kesseltausch dazu verpflichtet, im Anschluss 10 % der Wärme über erneuerbare Energien zu produzieren. Das hat dazu geführt, dass kurz vor Inkrafttreten des Gesetzes noch sehr viele Kessel getauscht wurden und in den Jahren danach deutlich weniger als im Bundesdurchschnitt.

Wir sehen die Gefahr, dass man die Modernisierung, also die Energieeffizienzmaßnahmen, gegen Erneuerbare-Energien-Maßnahmen ausspielt. Aus unserer Sicht ist das Ersetzen eines alten Kessels durch einen neuen, der sehr viel effizienter arbeitet, genauso wichtig wie die Nutzung von erneuerbarer Wärme. Deswegen würden wir beim Thema Erneuerbare-Wärme-Gesetze auf Bundesebene für ein bundeseinheitliches Gesetz plädieren, das aus unserer Sicht unbedingt mit der Energieeinsparverordnung zusammengeführt gehört, damit sich die beiden Gesetze bzw. Zielsetzungen nicht gegeneinander ausspielen. Im Koalitionsvertrag der Bundesregierung wurde beschlossen, dass wir diese Gesetze zusammenführen. Wir fänden es sehr, sehr sinnvoll, wenn Rheinland-Pfalz sich dafür einsetzen würde, dass dies zeitnah geschieht.

Ein weiteres Problem bei den Länderwärmegesetzen sehen wir in dem, was wir sehr oft von unseren Vertrieblern und den Handwerkern zu hören bekommen, dass es für sie schwierig und undurchsichtig ist, wenn sie über Landesgrenzen hinweg tätig sind, welche Produkte sie wie verbauen oder verkaufen dürfen und welche Voraussetzungen dafür bestehen. Deswegen ist an dieser Stelle unser Plädoyer, eine bundeseinheitliche Regelung zu finden.

Dazu noch einmal Folgendes: Ich hatte schon mit der steuerlichen Förderung als Bundesthema angefangen. An dieser Stelle halte ich noch einmal unser Plädoyer. Es war wirklich sehr schade, dass es dort an den Ländern gescheitert ist und jetzt leider nicht mehr im Koalitionsvertrag steht, was aus unserer Sicht zumindest dahin gehend positiv ist, dass Hausbesitzer nun nicht mehr auf diese Förderung warten. Dennoch ist es aus unserer Sicht eines der wirksamsten Mittel, um einen Schub in die energetische Gebäudesanierung zu bekommen. Auch in meiner schriftlichen Stellungnahme habe ich einige Zahlen niedergeschrieben, die zeigen, dass es sich für Länder und Kommunen wirklich lohnt, da die Förderung mehr Einnahmen einspülen würde, als es tatsächlich kostet, vor allem durch die Förderung der kommunalen Wirtschaft.

Wir haben von Mitarbeitern aus dem Bundeswirtschaftsministerium schon vielfach gehört, dass sie intern an einem Aufschlag arbeiten, dieses Thema vielleicht nicht an die Öffentlichkeit zu geben, sich aber als Land auch dahinter zu stellen und zu sagen, das fänden wir eine gute Sache, wenn man noch einmal einen Aufschlag für eine steuerliche Förderung machen würde.

Abschließend habe ich noch das Thema Dialogprozesse in meine schriftliche Stellungnahme aufgenommen, welches wir für sehr sinnvoll halten. In NRW beispielsweise geht momentan ein großer Dialogprozess zu Ende, der von allen Seiten – von der Politik, den Bürgern, aber auch von den Fachvertretern – sehr positiv angenommen wurde. Wir denken, Dialogprozesse haben den großen Mehrwert, dass man die ganze Gesellschaft – jedenfalls die, die sich dem Thema annehmen möchten – einbindet.

An dieser Stelle nenne ich Hessen als Beispiel, wo es sehr positiv gelaufen ist, wo es zum einen eine große Gruppe gab, aber auch verschiedene Gremien zu allen relevanten Bereichen der Themen zur Energiewende, also neben dem in der Öffentlichkeit alles dominierenden Bereich Strom auch die Themen Wärme und Verkehr, bei denen wir sehr viel tun müssen. Wir müssen ein Bewusstsein dafür schaffen, dass diese Themen alle gleichwertig sind und alle relevanten Akteure gehört werden müssen, sowie dafür sorgen, dass zwischen diesen Akteuren ein Wissenstransfer stattfindet.

Deswegen würden wir uns sehr freuen, wenn man solche Anhörungen und Prozesse – es ist sehr schön, dass einige Zuhörer da sind – größer macht, für die Öffentlichkeit plant und langfristig gemeinsam Rahmenbedingungen für die Energiewende entwickelt.

Dann bedanke ich mich erst einmal für das Zuhören und stehe Ihnen jetzt sehr gerne für Fragen zur Verfügung. Ich hoffe, ich habe Themen aufgegriffen, die für Sie relevant waren, und ergänze sonst sehr gerne.

Danke.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Herzlichen Dank, Frau Vogt. Ich würde vorschlagen, dass wir es doch so machen, dass wir direkt Fragen dazu stellen. Gibt es Fragen zum Vortrag von Frau Vogt? – Herr Hürter.

Herr Abg. Hürter: Ich hätte nur eine Frage bezüglich der Umwälzpumpe. Mich würde interessieren, wie viele das ungefähr in Hessen waren, die ausgetauscht wurden, und welches Potenzial man damit dort technisch erschlossen hat.

Frau Vogt: Das Fördervolumen betrug 10 Millionen Euro für 10.000 Pumpen à 100 Euro. Da das binnen eines Monats vergriffen war, hat man das Ganze auf insgesamt 10.000 und 20.000 geförderte Pumpen aufgestockt. Ich weiß nicht, wie veraltet die alten Pumpen waren. Wir sagen, im Schnitt laufen veraltete Umwälzpumpen mit 80 Watt, und die neu verbauten Pumpen laufen mit etwa 3 Watt. Das zu den Einsparungen, die dadurch erzielt wurden.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Es tut mir leid, aber ich habe versucht mitzurechnen. Bei 10.000 Pumpen zu 100 Euro pro Pumpe komme ich auf 1 Million Euro, nicht auf 10 Millionen Euro, die in einem Monat vergriffen sind.

Frau Vogt: Ja, Entschuldigung.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Das ist für Rheinland-Pfalz schon relevant, ob ein Programm 10 Millionen Euro oder 1 Million Euro umfasst. Ich glaube, bei 10 Millionen Euro würden wir nicht gerne darüber nachdenken. Bei geringeren Summen können wir uns durchaus das eine oder andere überlegen.

Ich habe eine Frage zum Heizungs-Check. Der Heizungs-Check ist sozusagen der Einstieg in Sanierungen, in weitere Maßnahmen. Wer hat das denn bei Ihnen beraten? Haben Sie das selbst als Verband beraten, oder ist das offen für alle, weil auch die Verbraucherzentrale und die Energieagentur hier vertreten sind? Wie ist das Ihrer Auffassung nach am besten geregelt?

Frau Vogt: Wer die Beratung durchführt oder wer den Heizungs-Check entwickelt hat?

Herr Vors. Abg. Braun: Wer sie durchführt.

Frau Vogt: Der Heizungs-Check selbst wird nur von Handwerkern und Schornsteinfegern durchgeführt. Es gibt Schulungen. Es wird dann jeweils von den Innungen der Handwerker oder der Schornsteinfeger dazu ca. eintägig geschult, wie der Heizungs-Check durchzuführen ist.

Aus unserer Sicht ergibt das deswegen Sinn, weil Handwerker und Schornsteinfeger die Heizungsanlagen kennen und es sich um spezifische Messungen und Auswertungen der Heizungsanlage handelt.

Ich kann mir allerdings auch vorstellen, wenn man gemeinsam mit den Handwerksinnungen Schulungsmaterial für fachfremde Berufsgruppen aufbaut, dass diese dann auch den Heizungs-Check durchführen können. Aber momentan, in der Form, in der wir ihn jetzt vermarkten, wird er von Handwerkern für Sanitär, Heizung und Klima sowie von Schornsteinfegern durchgeführt.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank. Gibt es noch weitere Fragen? – Wenn das nicht der Fall ist, sage ich noch einmal vielen Dank für Ihre Ausführungen.

Wir kommen nun zu Frau Irina Kollert, Referentin für Gebäudeenergieeffizienz bei der Energieagentur Rheinland-Pfalz. Ihre Stellungnahme liegt uns als Vorlage 16/3983 vor.

**Frau Dipl.-Ing. Irina Kollert, Referentin Gebäudeenergieeffizienz
Energieagentur Rheinland-Pfalz GmbH, Kaiserslautern**

Frau Kollert: Guten Tag auch von meiner Seite. Vielen Dank für die Einladung, wir haben uns sehr darüber gefreut.

Der Gebäudebereich ist ein sehr wichtiger Bereich, wie Sie alle wissen. 40 % des Endenergiebedarfs entfallen auf diesen Bereich. Deswegen ist natürlich sehr viel Einsparpotenzial vorhanden, das wir nutzen müssen.

Viele positive Beispiele im Land zeigen, welches Einsparpotenzial im Gebäudebereich vorhanden ist. Wenn ich ein Gebäude saniere, kann ich bei einem Wohngebäude durch gezielte Energiesparmaßnahmen bis zu 80 % Energieeinsparung erzielen. Wenn die Anlagentechnik wie Klima, Lüftung und Beleuchtung angefasst werden, sind auch im Nichtwohngebäudebereich riesige Einsparpotenziale möglich. Die Techniken sind vorhanden. Es ist alles da.

Das Problem ist der Anwender, der Bauherr, der sehr schwer dazu zu bewegen ist. Das ist das Problem. Wir von der Energieagentur sind sehr viel im Land unterwegs und bekommen natürlich jeden Tag diese Schwierigkeiten, Hemmnisse, Ängste und Skepsis gegenüber Energieeffizienzmaßnahmen mit. Ich will gar nicht erst das Wort „Dämmung“ in den Mund nehmen. Es sind wirklich sehr viele Hemmnisse vorhanden, die ein weiteres Vorankommen behindern. Das ist das Problem, das wir lösen wollen.

Das Energieeffizienzkonzept der Bundesregierung hat sich natürlich auch mit dieser Problematik beschäftigt. Es ist jedem Fachmann klar, welche Probleme in diesem Bereich vorkommen.

Es ist sinnvoll, drei verschiedene Bereiche zu betrachten. Der erste Bereich ist die Forderung. Wenn wir keine Regeln aufstellen, wird keiner irgendetwas freiwillig machen. Das heißt, ein gewisses Ordnungsrecht muss vorhanden sein. Beratung und Förderung sind weitere sehr wichtige Punkte, die man betrachten sollte.

Im Bereich der Forderung geht es um das Ordnungsrecht. Im Gebäudebereich sind das zwei wichtige Gesetze. Das sind die Energieeinsparverordnung (EnEV), die seit dem 1. Mai novelliert ist, und das Erneuerbare-Energien-Wärmegesetz, das 2011 zum letzten Mal novelliert worden ist.

Dadurch, dass wir sehr viel im Land unterwegs sind und mit vielen Akteuren sprechen, wird an uns herangetragen, dass im Land eine gewisse Regelung der EnEV gewünscht wird. Das heißt, Rheinland-Pfalz ist eines der vier Bundesländer in Deutschland, die keine Durchführungsverordnung haben. Das wird anscheinend vermisst.

Egal ob das Bauherren, Planer oder andere Fachakteure sind, sie sagen, die EnEV ist ein zahnloser Tiger, es bringt nichts, weil keiner kontrolliert, wie die EnEV abgewickelt wird. In der EnEV sind die Mindestanforderungen niedergeschrieben, was den Gebäudebereich betrifft, aber keiner weiß, ob das im Land erfüllt wird.

Es ist natürlich schwierig, an die Gebäude heranzukommen. Wie will man das denn kontrollieren? Natürlich gibt es aber Möglichkeiten. Zum Beispiel steht in der EnEV, dass die Schornsteinfeger die Nachrüstungspflicht im Bereich der Heizung regeln sollen. Das heißt, hier können Kontrollen eingeführt werden, inwiefern die alten Heizungen, die älter als 30 Jahre sind, ausgetauscht werden. Es können auch Kontrollen eingeführt werden, inwiefern die Nachrüstungsverpflichtung erfüllt wird, wenn ein Gebäudebesitzerwechsel stattfindet. Es gibt natürlich kleinere Möglichkeiten, Kontrollen einzuführen, damit im Land überhaupt das Gefühl vorhanden ist, dass kontrolliert wird.

Schon seit der EnEV 2009 ist geregelt, dass eine Fachunternehmererklärung – ich würde behaupten, dass nicht jeder Handwerker weiß, was das bedeutet – ausgestellt werden muss, wenn eine energetische Maßnahme an einem Gebäude durchgeführt wird. Das ist auch ein Fremdwort. Da könnte man Regelungen finden.

Der nächste Punkt betrifft die Beratung. Es gibt eine Studie des Instituts für sozial-ökologische Forschung. Die Studie heißt: „ENEF-Haus: Hemmnisse und Barrieren bei der Eigenheimsanierung“. Diese Studie sagt, nur ungefähr 25 % der Eigenheimbesitzer interessieren sich überhaupt für das Thema Energieeinsparung im Gebäudebereich.

Im Land sind schon sehr gute Instrumente vorhanden, um diese Gruppe von Hausbesitzern zu erreichen. Die Verbraucherzentrale bietet an mehr als 60 Standorten die Erstberatung. Wir als Energieagentur sind im ganzen Land fast auf jeder großen Messe unterwegs, wo wir erste Informationen verteilen, Gespräche führen, Initialberatung machen, usw.

Wir verteilen in ganz Rheinland-Pfalz kostenlos Broschüren zu dem Thema Energieeffiziente Gebäudesanierung, Neubau usw. Das heißt, diese 25 % der Menschen können wir erreichen. Da sind wir schon auf einem sehr guten Weg.

Es gibt natürlich auch weitere Maßnahmen, mit denen wir die Menschen noch weiter an dieses Thema heranführen können. Das Problematische sind aber die restlichen 75 % der Hausbesitzer, die wir leider durch solche Maßnahmen nicht erreichen können. Es ist unser Problem, wie wir an diese Leute herankommen. Vor allem sind es Menschen mit vielen Hemmnissen und einer großen Skepsis gegenüber energieeffizienten Maßnahmen.

Sogar in Fachkreisen können wir uns nicht einigen, ob die Sanierung gut ist oder nicht, ob ein Passivhaus eine sinnvolle Bauweise ist oder nicht. Da gibt es sogar in Fachkreisen unterschiedliche Meinungen. Das geht dann sozusagen an den Laien weiter, der total verwirrt ist.

Um das Thema positiv zu umschreiben, braucht man natürlich eine breite Öffentlichkeitsarbeit. Es gibt schon Ansätze durch die Energieagentur. Die jährlichen Aktionstage, die wir durchführen, sind sozusagen schon der Anfang. Damit aber ständig jemand erreicht wird, ist eine landesweite Kampagne, die dauerhaft angelegt ist, eine gute Lösung, damit man auf das Thema immer wieder aufmerksam macht. In Baden-Württemberg existiert eine solche Kampagne „Zukunft Altbau“ zum Beispiel schon seit 1999. Sie ist immer da. Das ist eine gute Lösung, um die Personen zu erreichen, die nicht freiwillig zu einer Messe kommen oder nicht freiwillig zu einer Energieberatung der Verbraucherzentrale gehen.

Ein weiterer wichtiger Punkt ist natürlich die Förderung. Allein durch die Beratung können wir die Hausbesitzer leider nicht überzeugen, dass sie Geld in die Hand nehmen müssen und viel Geld in die Sanierung oder einen effizienten Neubau investieren sollen. Da sind finanzielle Anreize wirklich sehr wichtig.

Im Land gibt es Bedenken gegen eine Förderung, dass es nach dem Gießkannenprinzip geht, dass einfach irgendetwas mitgenommen wird. Natürlich muss die Förderung so gestaltet werden, dass sie auch die Richtigen trifft. Wenn wir Menschen mit sehr geringem Einkommen betrachten, dann können diese auf keinen Fall irgendein Darlehen aufnehmen. Sie können keine Sanierung machen, die aus mehreren Maßnahmen besteht oder sehr effizient ist. Dort ist gefragt, dass man wenigstens die gesetzlichen Anforderungen der EnEV erfüllt. Eine Maßnahme ist sozusagen schon ein wichtiger Schritt in diese richtige Richtung.

Menschen mit wenig Einkommen besitzen meistens Gebäude, die sehr viel Energie verbrauchen. Da ist jede Maßnahme, die gemacht wird, wie zum Beispiel ein Pumpen- oder Heizungstausch, richtig viel, was in dem Gebäude erreicht werden kann. Deswegen ist eine solche Sozialförderung nur in Form von Zuschüssen vorstellbar.

Man muss dann eine weitere Schicht betrachten, nämlich die Mittelschicht. Die Mittelschicht hat Geld. Sie würde natürlich in Effizienzmaßnahmen investieren, aber diese Schicht macht auch nur das Notwendigste. In den Jahren 2007 bis 2013 gab es im Land ein Förderprogramm für hochenergieeffiziente Gebäude. Das war ein gutes Instrument für solche Personen, die sowieso investieren wollten. Es ist sozusagen nicht an der Förderung gescheitert, ob eine Sanierung auf hohem Niveau gemacht oder ein Passivhaus oder ein Neubau gebaut werden.

Es gab im Rahmen dieses Förderprogramms Zuschüsse bis zu 10.000 Euro. Es gab ein Volumen von 10 Millionen Euro. Das Programm lief fast sechs Jahre. Die Energieberater und Planer haben uns berichtet, dass dies sozusagen für sie ein Köder war, damit sie die Leute auf eine gewisse Effizienz hieven konnten. Das heißt, die Menschen wollten nur Einzelmaßnahmen machen, aber durch diese Landesförderung haben sie doch ein Effizienzhaus 70 hinbekommen. Oder die Menschen wollten nur einen Neubau nach EnEV und haben sich doch zu einem Energiegewinnhaus überreden lassen. Das geschah nur aufgrund dieses überschaubaren Betrages. Ein solcher Anreiz zu einer Effizienzsteigerung ist auf jeden Fall sehr sinnvoll.

Interessant ist zum Beispiel das KfW-Programm „Energieeffizient sanieren“. Es gibt jedes Jahr eine Evaluation zu diesem Programm und zur Sanierung von Lüftungsanlagen im Rahmen von KfW-Programmen. Die durchschnittliche Anzahl von Gebäuden, die eine Lüftungsanlage besitzen, liegt im Sanierungsbereich bei 20 %. Im Rahmen des Förderprogramms für hochenergieeffiziente Gebäude ist jedes zweite Gebäude im Sanierungsbereich mit einer Lüftungsanlage ausgestattet worden. Das heißt, mit dieser Förderung ist diese kleine Effizienzsteigerung schon zu verbinden.

Ich komme nun noch zu den Steueranreizen. Wir haben ein Publikum wie zum Beispiel die Immobilienbesitzer, die ganz anders als ein Eigenheimbesitzer rechnen. Der Eigenheimbesitzer schaut manchmal gar nicht auf die Rendite. Bei dem Immobilienbesitzer ist eine bestimmte Rendite die oberste Priorität, um Investitionen zu tätigen. Deswegen ist vielleicht doch vonseiten des Landes darüber nachzudenken, sich für die steuerliche Absetzbarkeit auf Bundesebene einzusetzen.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank für die vielen Anregungen. Gibt es Nachfragen? – Herr Dr. Mittrücker.

Herr Abg. Dr. Mittrücker: Vielen Dank für Ihre Informationen. Dass das Ganze nicht umgesetzt wird, hat mit Sicherheit viele Gründe, nicht nur einen Grund. Zwei haben Sie mit Sicherheit genannt, einmal die Desinformation derjenigen, die das könnten.

Zum Zweiten ist eine Amortisationszeit dafür entscheidend, ob ein Privatmann investiert oder nicht. Haben Sie einen Überblick darüber, wie sich die Amortisationszeiten in den unterschiedlichen Bereichen – begonnen von der Pumpe bis zur Isolation und zu anderen Maßnahmen – darstellen? Gibt es da Qualifikationen oder Klassen, wo man das einordnen kann, dass man sagt, die Amortisationszeit in dem Bereich ist so oder so hoch? Ich konstruiere jetzt. Da die Amortisationszeit in dem speziellen Bereich viel zu hoch ist, ist es zwingend notwendig, dass Dritte fördern. Nur dann wäre eine Allgemeinbetrachtung möglich, damit man nicht irgendein Programm auflegt und keine Grundlage hat, woin man tendiert.

Deshalb bräuchte ich zumindest in erster Linie eine Auflistung der Amortisationszeiten in unterschiedlichen Gebäuden. Das kann nicht überall gleich sein, das wissen wir, weil jedes Gebäude anders gelagert ist als ein anderes. Aber eine ganz grobe Richtlinie sollte es geben. Wenn man sich dann an diesen Richtlinien entlanghangelt, könnte man sagen, okay, wenn der Staat entsprechend investiert, sind diese Effizienzwerte erreichbar.

Das wäre eigentlich für einen Politiker die Grundlage zu sagen, okay, dann mache ich es in dem Bereich, aber nicht nur, weil es mir Gänsehaut bereitet, dass ich so schöne Sachen mache, sondern weil ich eine Grundlage habe.

Ist da die Grundlage entsprechend gelegt? Haben wir Zahlen in dem Bereich, oder sollten wir es anstreben, dort Zahlen zu erheben?

Frau Kollert: Wie Sie schon gesagt haben, ist ein Gebäude sehr individuell. Deswegen ist es schwer festzulegen, für dieses Gebäude ist die Amortisationszeit so oder so. Das in einem Rahmen zu sagen, ist schwierig.

Man kann pauschal sagen, je älter das Gebäude ist und je weniger in dem Gebäude gemacht wurde, desto kürzer ist die Amortisationszeit. Das heißt, wenn ich ein Gebäude aus den 50er-Jahren nehme,

9. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –

in dem keine Zentralheizung vorhanden ist, in dem noch gar nichts da ist, ist eine Amortisationszeit innerhalb von 12 bis 15 Jahren denkbar, was für ein Gebäude eine sehr kurze Zeit ist.

Sie müssen bei einem Gebäude mindestens 40 Jahren betrachten. Wenn Sie irgendetwas an dem Gebäude machen, dann fassen Sie das Gebäude in den nächsten 40 Jahren energietechnisch nicht mehr an. Das heißt, wenn ich meine Fenster tausche, dann bleiben sie wahrscheinlich die nächsten 30 bis 40 Jahre dort.

Pauschal kann man es mit den Amortisationszeiten nicht sagen, weil wirklich jedes Gebäude ein Unikat ist. Man muss immer schauen, was schon in dem Gebäude gemacht wird.

Grundsätzlich kann man sagen, bei Gebäuden, die aus den 50er- oder 60er-Jahren stammen, bei denen meistens nichts gemacht worden ist, sind auf jeden Fall bis zu 15 Jahre denkbar.

Herr Abg. Dötsch: Wenn ich Sie richtig verstanden habe – wenn nicht, bitte ich Sie, mich zu korrigieren –, haben Sie vorhin erläutert, dass in Baden-Württemberg seit 1999 aktiv und offensiv auf die Immobilienbesitzer zugegangen wird, um Wärmedämmmaßnahmen oder Verbesserungen an den Gebäuden zu erreichen. Sie haben gesagt, es wäre gut, wenn dies in Rheinland-Pfalz auch in dieser Form verstärkt gemacht werden könnte.

Gibt es Kennzahlen, die eine Aussage darüber zulassen, inwieweit diese Maßnahmen – Vergleich Baden-Württemberg zu Rheinland-Pfalz – gewirkt oder nicht gewirkt haben? Kann man irgendwo ablesen, ob dies eine erfolgreiche Strategie ist?

Ich habe noch eine weitere Frage. Auch da weiß ich nicht, ob ich Sie richtig verstanden habe. Sie haben dafür plädiert, dass man auch nach sozialen Gesichtspunkten fördert, also nicht nur nach sachlich-fachlichen, sondern eher nach sozialen Gesichtspunkten.

Sie haben dazu das Beispiel des Pumpentauschs angeführt, was auch von Ihrer Nachbarin vorhin mit angesprochen worden ist. Glauben Sie, damit eine höhere Effizienz zu bekommen? Sehen Sie da nicht die Gefahr, dass uns dabei die Verwaltungskosten die Beträge wegfressen?

Frau Kollert: Ich komme zunächst zu Ihrer ersten Frage bezüglich der Kampagne. Es ist immer sehr schwierig, irgendwelche Erfolgsindikatoren daraus zu generieren, also was der Kampagne geschuldet ist, dass in bestimmten Bereichen mehr investiert oder mehr saniert wird. Das kann ich Ihnen leider nicht liefern.

Es zeigt sich aber immer wieder, wir müssen die Menschen irgendwie erreichen. Man kann natürlich darüber diskutieren, in welcher Form diese Kampagne gemacht wird. Wenn aber immer wieder irgendwo „Energieeffizienzmaßnahmen“ aufpoppt, dann bleibt das irgendwann im Gedächtnis der Menschen haften.

Die Kampagne wirkt natürlich nicht sofort. Wenn man betrachtet, wie die Bauherren vorgehen, um ihre Sanierungen oder ihren Neubauten zu planen, dann sieht man, das dauert zwei bis drei Jahre, bis da etwas kommt.

(Herr Abg. Dötsch: Irgendwann muss es sich in Zahlen ablesen lassen!)

– Momentan kann ich Ihnen nicht sagen, wie man das machen könnte. Ich habe auch in Baden-Württemberg leider keine Zahlen gefunden, mit denen das sozusagen greifbar ist.

Ihre zweite Frage betraf die soziale Komponente. Im Land Rheinland-Pfalz gab es vor zwei Jahren von der LTH/ISB noch diese Förderung. Für Investitionen bis zu 10.000 Euro gab es einen Zuschuss von 25 %. Die Antragsteller waren Rentner, also irgendeine Oma, die allein in ihrem Haus wohnt und ihre Gasheizung ausgetauscht hat, oder eine vierköpfige Familie, in der es nur einen Verdiener gibt und bestimmte Einkommensgrenzen nicht überschritten wurden. Diese Menschen haben diese Förderung in Anspruch genommen.

Meines Erachtens ist das ein gutes Instrument gegen Energiearmut; denn diese Bevölkerungsgruppen sind sozusagen energiearmutsgefährdet. Man muss dem irgendwie entgegensteuern.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank für die Antworten. Weitere Fragen liegen nicht vor.

Wir kommen nun zum nächsten Anzuhörenden, zu Herrn Thomas Kübler. Sie sind Geschäftsführer der Kübler GmbH in Ludwigshafen und insofern bekannt, als Sie mehrere Preise für Ihre Technik gewonnen haben. Vor allem sind Sie aber auch im Hallenbau aktiv. Ich darf Sie um Ihren Vortrag bitten.

Thomas Kübler
Geschäftsführender Gesellschafter Kübler GmbH, Ludwigshafen

(Herr Kübler unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer PowerPoint-Präsentation)

Herr Kübler: Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, sehr verehrter Herr Vorsitzender! Ich fühle mich sehr geehrt, dass ich heute die Gelegenheit bekommen habe, vor Ihnen das Thema Energieeffizienz aus meinem Blickwinkel heraus zu beleuchten.

Eingangs zu meinem Statement möchte ich Sie ganz kurz in die Welt hineinschauen lassen, die für mich seit 25 Jahren meine Heimat bedeutet, einfach, um über diese abstrakten Welt, von der wir sprechen, die von Papier dominiert ist, Hintergründe zu erfahren und der Sache ein wenig Lebendigkeit zu geben. Keine Sorge, ich habe zwar viele Folien dabei, aber ich werde Ihnen nur wenige davon zeigen, weil ich versuchen möchte, Ihnen ein wenig einen Zugang zu der Welt zu geben, aus der ich komme.

Ich möchte kurz etwas zu meiner Kompetenz sagen. Ich bin heute das erste Mal hier im Haus. Mein Unternehmen hat in den vergangenen 25 Jahren über 10.000 Hallenprojekte durchgeführt. Wir haben sehr viel Know-how gesammelt, was unter anderen dazu geführt hat – vielen Dank auch für Ihre Einleitung –, dass wir sehr viele Innovationen entwickeln konnten.

Das Thema Effizienz berührt mich aus zwei Gründen heraus. Zum einen ist es natürlich die Unterschrift unter meinem Firmennamen, nämlich „Energiesparende Hallenheizung“, das schon seit 25 Jahren. Wenn man sieht, was uns mitunter aktuell mit der Gesetzgebung mitgeliefert wird, dann wird es schwierig. Umso mehr freue ich mich über die Frage, was man tun kann, um das Potenzial von mehr Einsparung zu heben.

Bevor wir zu dem Bereich kommen, zeige ich Ihnen zunächst eine Folie. Normalerweise ist es so, wenn Sie ein Hallengebäude haben – dazu zeige ich Ihnen gleich einmal Bilder, damit Sie sehen, in welcher Welt wir unterwegs sind –, dann haben Sie eine zentrale Warmwasserversorgung, die, wenn wir über diesen Sanierungsbereich reden, bei der sehr viel Potenzial zu heben ist, veraltet ist. Bis Sie allein Energie an der Hallenwand anliefern, ist schon einmal ein Riesenwert verpufft.

Sie können bei alten Heizhäusern und komplexen Werksgeländen oder von mir aus auch bei Bundeswehrkasernen oder ähnlichen Einrichtungen, die durch Hallen geprägt sind, davon ausgehen, dass allein 25 % der Primärenergie verloren sind, bevor sie überhaupt am Gebäude angeliefert werden.

Dann haben Sie das Thema, dass Sie, wenn Sie diese Wärme in Form von Warmwasser anliefern, daraus warme Luft machen. Warme Luft ist bekanntermaßen leichter als kalte Luft. Deswegen fliegen Heißluftballons auch so wunderbar. Diese ganze warme Luft und Energie, die Sie in den Raum hineinbringen, hängt bei Hallengebäuden unter dem Dach. Das heißt, Sie haben diese Wärme nicht zur Nutzung zur Verfügung. Welche Wirkung das hat, meine sehr verehrten Damen und Herren, das sehen Sie an Weihnachten, wenn Sie die Christbaumspitze auf den Weihnachtsbaum stecken, oder wenn Sie außerhalb der Weihnachtszeit eine Lampe unter der Decke wechseln und auf einen Stuhl oder eine Leiter steigen müssen und dann herunterkommen, dann haben Sie garantiert Schweiß auf der Stirn. Das liegt nicht an Ihrer Höhenangst, sondern daran, dass es unter der Raumdecke 35° Temperatur hat.

**9. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –**

Dieses Phänomen, das Sie im Geschossbau kennenlernen können, soweit Sie es infrage stellen, ist nicht weiter tragisch, weil die Wärme, die unter der Decke hängt, dem Nachbargeschoss, also dem darüber liegenden Geschoss, zugutekommt.

Wenn Sie ein Mehrfamilienhaus haben, dann macht es plong, plong, plong, und der oben unter dem Dach freut sich, dass er so gut wie keine Heizkosten hat.

In einem Hallengebäude haben Sie ein ähnliches Phänomen, nur, dass Sie die Zwischengeschosse nicht haben, aber die Wärme oben unter der Decke hängt.

Wenn man sich jetzt alternativer Prinzipien bemüht, dann schafft man es, die Wärme direkt an den Boden zu bringen. Ich habe Ihnen einen kleinen Ausflug in den Bereich gegeben, um eine Brücke bauen zu können.

Sie sehen auf dem Bild schemenhaft im Gebäude abgebildet eine grüne Linie und ein Pfeildiagramm. Zu diesen 100 % Energie, die wir vorne anliefern, sagt das aktuelle Gesetz – jetzt mache ich einen Ausflug in die aktuelle Gesetzgebung –, lieber Nutzer, wenn du 15 % der zum bestimmungsgemäßen Betrieb deines Gebäudes erforderlichen Energie aus erneuerbaren oder regenerativen Energien füllst, dann bist du super. Dafür bekommst du auch eine Förderung.

Das bedeutet, wenn man die 100 % Energie, von der wir wissen, da kommen eigentlich nur 80 % an, durch meinetwegen Holzhackschnitzel substituiert, man als genauso viel wie vorher verbrennt, aber statt Gas Holzhackschnitzel, dann ist man der Held. Man meint, er habe sich einer Energiesparmaßnahme gerühmt, hat Geld ausgegeben, hat etwas Tolles getan und war ordentlicher Bürger im Rahmen unserer Wünsche auf der Gesetzgebungsseite.

In den Nutzungsbereich einer Halle hat er damit nicht mehr transportiert. Ich bleibe noch einmal bei der aktuellen Fassung des EE-Wärmegesetzes. In diesem Gesetz wird zwischen Wohnbau und Nichtwohnbau unterschieden. Nichtwohnbau sind Krankenhäuser, Kindergärten, Kliniken, aber eben auch Industriehallen. Das komplette Gesetz soll eigentlich technologieoffen gestaltet sein, was es aber de facto nicht ist, weil alle Maßnahmen, die das Gesetz zu generieren versucht, um zu substituieren, nicht dazu anregen, Energie zu sparen, sondern nur zu ersetzen. Also lieber Bäume verbrennen statt Gas, das ist die Perspektive, die das Gesetz im Wesentlichen eröffnet.

Wenn man das überträgt, dann sagt man, man hat nur Nichtwohnbauegebäude, und alle Maßnahmen, die Sie regenerativer Art kennen, sind hydraulisch stimuliert. Egal, ob Sie eine Wärmepumpe oder Geothermie haben, da ist es ein ganz geringes Delta-T, das diese Maschinen bringen. Sie können dort keine hohen Leistungen generieren.

Das bedeutet, das Gesetz ist für hydraulische Systeme gemacht. Wenn man also an der Technik nichts ändert, nur etwas anderes verbrennt, dann wird man belohnt. Das muss abgestellt werden.

Ich kann nur meinen Vorrednerinnen recht geben, es ist ganz wesentlich, dass der Koalitionsvertrag an dieser Stelle eingelöst wird und die Überarbeitung und Homogenisierung der EnEV und des EE-Wärmegesetzes stattfinden. Die Gesetze sind voller handwerklicher Fehler, die 2009 gemacht worden sind.

Ich hatte damals einen Schriftwechsel mit Herrn Gabriel. Es hat mir aber leider nicht sehr viel gebracht. Seitdem stehe ich im Dialog mit der Politik, auch mit dem Land Rheinland-Pfalz. Ich habe mit vielen anderen, auch mit den Ministerien zu diesen Themen kommuniziert. Wir machen darauf aufmerksam, dass es diese Dinge gibt. Aber wir brauchen die Unterstützung aus dem Land. Ich als rheinland-pfälzischer Unternehmer brauche einen gestärkten Rücken von Ihnen, sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete.

Wir schauen jetzt einmal, was wir machen können. Ich zeige Ihnen jetzt einmal ein paar Folien, damit Sie sehen, wo wir unterwegs sind.

Wir haben vorhin davon gesprochen, dass das Gesetz nur diese Einsparung oder Substitution will. Dabei könnten wir auf der Effizienzseite ein Vielfaches machen. Gehen Sie einmal rein von dem Zah-

**9. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –**

lenwert aus. 100 % Einsatz, davon 15 % erneuerbare Energie, so bleiben rein rechnerisch 85 % primäre Energie übrig.

Wir können dadurch, dass wir ein anderes System benutzen, rund 90 % der eingesetzten Energie in hohen Baukörpern direkt in den Nutzungsbereich bringen. Das bringt uns Einsparungsquoten von 50 % und 70 % primärer Energie. Das ist eine ganz andere Welt. Aufgrund der aktuellen Gesetzgebung sind wir aber nicht in der Lage, dass diese Dinge honoriert und umgesetzt werden, im Gegenteil.

Die Architekten und Planer haben als Grundlage das EE-Wärmegesetz. Da muss ich sagen, da habe ich eine andere Meinung als Frau Vogt. Wenigstens im professionellen Bereich des Gewerbes sind die Ingenieurbüros in hohem Maße sehr daran interessiert, auf die Einhaltung der EE-Wärmegesetze zu achten, weil die Anforderungen, die dort herauskommen, bedeuten, dass sehr viel Geld mehr verdient werden kann. Das ist ein sehr lukrativer Job, die Einhaltung zu beachten. Das heißt, die Protagonisten haben ein sehr hohes Interesse daran, sich darum zu bemühen, dass es auch wirklich etwas kostet.

Dem fallen wir auch teilweise zum Opfer. Ich weiß aber nicht, ob es mir möglich ist, darauf im Rahmen der Zeit noch einmal einzugehen. Wenn Sie es interessiert, können wir es danach gerne klären.

Das war jetzt ein Blick in die Praxis. Ich möchte Ihnen einfach zwei oder drei Bilder von Gebäuden zeigen, von denen wir sprechen. Das soll dann gleichbehandelt werden mit einem Kindergarten, einem Krankenhaus, einem Bürogebäude. Das funktioniert nicht. Das Schlimme ist, dass wir auf der einen Seite einen Innovationspreis nach dem anderen bekommen, und uns auf der anderen Seite Sorgen um unsere Existenz machen müssen, da uns das EE-Wärmegesetz mittlerweile etwa 30 % von unserem Neubauumsatz gekostet hat, weil die Mär geht, dass man Infrarottechnologie in Neubauten nicht mehr einsetzen könnte. Sie wissen selbst aus eigener Erfahrung, was nicht als Ausnahme benannt ist, ist schlichtweg nicht existent. Der Fokus geht auf das, was benannt ist.

Wenn wir uns in den Sanierungsbereich hineinbegeben – ich zeige Ihnen jetzt einfach einmal Bilder dazu –, dann muss ich Ihnen sagen, wir müssen dort ändern und müssen den Bereich Nichtwohnbau untergliedern und eine Untergruppe „gewerblicher Industriebau“ oder „Hallen“ vorsehen, wie immer man das Kind auch heißen mag, aber dieser Gebäudetypus braucht eine eigene Benennung. Dann kann man an dem Punkt noch einmal ansetzen und die Dinge besser gestalten.

Das war eine kleine Einleitung, damit Sie ein bisschen nachvollziehen können, worum es eigentlich geht, wo Brennstoff vorhanden ist und wo man mit wenigen Mitteln verdammt viel bewegen kann.

Ich habe noch mehrere Vorschläge für Sie vorbereitet, die ich Ihnen nachher auch geben möchte. Ich habe heute leider erst gelesen, dass ich auch die Möglichkeit habe, Ihnen etwas schriftlich zu geben. Nehmen Sie es mir nicht übel, dass ich es nicht dabei habe. Ich habe Ihnen ganz viel Papier zu dem Thema geschickt. Daran können Sie sehen, wie lange ich an der Sache schon arbeite. Sie müssen nicht alles lesen. Wenn es Sie aber interessiert, stehe ich Ihnen selbstverständlich auch gerne persönlich zur Verfügung.

Zu meinen Vorschlägen: Den ersten Vorschlag, der der wichtigste ist, habe ich schon gemacht. Der Koalitionsvertrag ist unbedingt einzulösen. Dazu brauchen wir Ihre Rückenstärkung. Ich kann Ihnen sagen, ich bin mit Herrn Minister Untersteller in Kontakt. Ich war mit Frau Puttrich aus Hessen in Kontakt und mit Ihrem Ministerium. Sie kennen die Problematik auch. Ich bin mir sicher, dass es, wenn wir auf Länderebene ein bisschen Wind machen, Gehör findet, auch in dem ganzen Wirrwarr des Umbaus der Ministerien, mit dem sich Herr Gabriel gegenwärtig zu beschäftigen hat.

Die Effizienz muss unbedingt in unserem Land vor Substitution gehen. Wir haben nicht genug Ressourcen, um einfach nur den Wald zu verheizen. Wir müssen schauen, dass Effizienzmaßnahmen eine Gleichstellung oder sogar eine Besserstellung haben wie nur ein Austausch in Holz statt Gas.

Die in den aktuellen Gesetzgebungen vorhandenen Malus-Regelungen, dass nämlich Ersatzmaßnahmen, die effizienter sind, 30 % effizienter sein müssen wie eine erneuerbare Maßnahme, halte ich für Nonsense. Es geht darum, primär Energie einzusparen. Das war das Motiv aller Gesetze.

Ich rede jetzt einmal nur für mein eigenes Haus. Ich sage Ihnen, Infrarotsysteme, die einen Infrarotanteil von über 60 % haben, sollten in irgendeiner Form in den EnEV-Regeln auch verrechnet werden können, was gegenwärtig nicht der Fall ist. Ich kann Ihnen sagen, wir haben sehr große Wettbewerber, für die meine Kollegin zum Teil spricht. Wenn Sie am Verhandlungstisch mit Viessmann, Buderus und Vaillant sitzen, und dann kommt ein kleines mittelständisches Unternehmen wie Kübler dazu, das auch den Bereich vertritt, dann hat man aber da nicht sehr viel Gewalt. Das kann ich Ihnen sagen. Aber wir arbeiten daran.

Ich komme zum Thema Abwärme. Abwärme wird nur ab 50 % anerkannt. Das ist auch falsch. Es gibt sehr viele Abwärmeanteile, die gut genutzt werden können. Warum soll nur eine Abwärme größer als 50 % anerkannt werden? Das sorgt dafür, dass Abwärme weiter durch die Luft nach draußen geht, weil es keine Anerkennung findet. Das ist auch ein Gesetz, das an der Sache vorbeigeht.

Die Restwärmenutzung sollte wie erneuerbare Energien angerechnet werden. Ich habe Ihnen dazu ein Gutachten, das unsere Systeme betrifft, vom KIT Karlsruhe meinen Unterlagen beigelegt. Mit 420.000 Hallengebäuden national – ich weiß nicht, wie viel genau davon auf Rheinland-Pfalz entfallen – werden 50 % der Energie im Nichtwohnbaubereich in gewerblichen Hallen verbraucht. Das heißt, wir sind hier an einem riesen Stück Kuchen. Da kann man hineinbeißen. Ich würde jetzt sagen, das sind low hanging fruits, bei denen man mit vielen Dingen viel machen kann.

Ich möchte Ihnen nur eine Zahl von einem Projekt nennen, an dem ich aktuell in Rheinland-Pfalz arbeite. Wir machen ein Konzept für eine Werkssanierung. Dort können wir auf einen Schlag 15 Millionen Kilowattstunden Gas einsparen. Nur damit Sie wissen, wie viel das ist, damit können Sie 750 neue Einfamilienhäuser beheizen. Das geht jeden Tag und jedes Jahr schon lange in die Atmosphäre und verpufft dort einfach nur, weil gewisse Spielregeln nicht da sind. Da schaut man einfach weg. Damit komme ich zu meinem nächsten Thema, nämlich der Steuergesetzgebung.

Ich glaube, man muss aus energiepolitischer Sicht noch einmal dorthin schauen, weil man feststellen kann, wenn Sie heute eine Heizung ausbauen, dann sind diese Kosten Sanierungskosten. Weil es Ersatzinvestitionen sind, sind diese Kosten im Jahr der Sanierung abzuschreiben. Das bedeutet, ein Geschäftsführer bzw. Manager, der dieses Unternehmen führt und die Verantwortung seinen Gesellschaftern gegenüber hat, der nur einen Drei-Jahres-Vertrag hat, der denkt, dass er in den drei Jahren erfolgreich sein muss. Er wird daher jeden Schritt unterlassen, der dazu dient, das Ergebnis des Unternehmens zu verkürzen. Somit wird jede Sanierung, die dort im gewerblichen Bereich gemacht wird, nur dann gemacht, wenn es gar nicht mehr anders geht, aber nicht, weil es eigentlich wirtschaftlich ist. Das kommt daher, dass das Steuergesetz nicht erlaubt, diese Dinge sauber abzuschreiben.

Dann hat man natürlich als nächstes Problem das Liquiditätsproblem. Alles könnte gelöst werden, indem man Contracting-Modelle macht. Dort gibt es die nächste gesetzliche Hürde aus dem Insolvenzrecht. Solange man die Technik einbauen und wie ein Grundpfandrecht im Grundbuch verankern kann – – – Das ist nichts Besonderes, das gibt es im Wirtshausbereich. Dann kommt eine Brauerei, macht eine Gaststätte neu, und dann kann man das wie ein Grundpfandrecht eintragen. Das ist ein persönlich bedingtes Recht. Das ist kein Problem. Es fällt nur im Insolvenzfall heraus.

Solange das Gebäude aber steht, hätte man dann eine Zukunft. Wenn jemand wieder in das Gebäude hineinkommt, dann muss die Sanierung, die gemacht worden ist, im Baupreis eingepreist werden, und alles wäre in Ordnung. Man hätte das riesen Bonitätsproblem im Contracting nicht. Contracting ist wirklich eine gute Maßnahme, um direkt nur den Erfolg weiterzugeben, funktioniert aber hinlänglich nur bei Kommunen, die über jede Bonität erhaben sind.

Ich möchte noch zwei Punkte ansprechen, auch wenn ich vielleicht ein wenig aus meiner Redezeit herauslaufe. Eine Förderung in diesem Bereich zum Einfangen dieser low hanging fruits, wenn Sie es schaffen und sagen würden, wir machen etwas Entsprechendes in Rheinland-Pfalz. Übrigens gibt es ähnliche Programme in der Hansestadt Hamburg. Wir arbeiten dort mit den Behörden sehr gut zusammen und schaffen es dank dieser Programme immer wieder, Kunden zur Sanierung gewinnen, die eine Heizung kaufen, obwohl sie nicht kaputt ist.

Um gerade die größeren Stücke einzufangen, könnte man mit wenig Aufwand sagen, okay, Einsparungsquoten ab 40 %. Wir reden schon von massiven Einsparungen. Einsparungen mit über 2 Millionen Kilowattstunden pro Jahr bringen wir in eine besondere Förderung hinein, ruhig eine einzelbetriebliche Förderung, wo alles nachgewiesen ist. Aber dann würden Sie Unternehmen wie uns die Möglichkeit geben, zusätzliche Anreize zu schaffen, weil wenig Verwaltungsaufwand wäre und dem ein hoher Nutzen gegenüberstünde.

Um zwei Millionen Kilowattstunden zu sparen, müssten Sie, wenn wir einmal auf der Ebene der Pumpen bleiben – Sie gestatten mir den Vergleich –, Förderanträge von 10.000 Pumpen verarbeiten oder drei Anträge aus der gewerblichen Wirtschaft, wo es einfach massive Einsparungen gibt.

(Herr Vors. Abg. Dr. Braun: das machen wir am besten beides!)

Das Beste kommt zum Schluss. Bei dem Thema Stromwende ist etwas unterwegs, vor dem ich persönlich Angst habe, und zwar Angst deswegen, weil ich mich in der Sache auskenne. Wir haben einen Primärenergiefaktor für Strom von 3,0 gehabt. Jetzt geht man hin und hat diesen auf 2,6 gesenkt. Da bin ich noch einig gewesen. Die neueste Senkung ist umgesetzt auf 1,8. Was man da politisch generiert, ist auf der praktisch-sachlichen Ingenieurebene nicht mehr nachvollziehbar.

Sie verbessern mit der Änderung eines Faktors ein Heizungssystem wie eine stromgetriebene Wärmepumpe bilanziell um 40 %. Das bedeutet, wenn Sie jetzt Strom als Heizzweck nehmen, wofür Strom eigentlich viel zu teuer und viel zu wertvoll ist, dann schaffen Sie mit dieser Änderung des Faktors, dass, egal, was wir auf Basis der aktuellen EnEV machen, nicht mehr interessant ist, nur weil man einen Faktor verändert.

Ich komme jetzt zum Knackpunkt, warum mir das Sorgen macht. Sie machen mit diesen Wärmepumpen nur warme Luft und alles hängt unter der Decke. Sie sparen damit keineswegs. Sie machen es nur schön für das Gesetz.

Was mir aber Sorgen macht, ist, wenn Sie heute hergehen und großtechnische Wärmepumpen für Gewerbebetriebe machen, so hat ein Gewerbebetrieb vielleicht 10.000 m² Produktionsfläche und verbraucht in der Stunde 50 Kilowatt Strom. In Heizzeiten bedeutet dies, er braucht ungefähr 600 bis 700 Kilowattstunden Heizwärme, das heißt, Faktor sechs oder sieben zu dem, was er an Strom verbraucht.

Selbst bei einem COP von 4, also 25 % von diesen 600, wären das 100 Kilowatt Strom, die er ziehen muss, um seine Wärme zu decken. Das heißt, er braucht ein Stromnetz, das zu seinem Gebäude geht, das dreimal so viel zusätzliche Energie aufnimmt als das, was er braucht. Das hält kein Stromnetz aus.

Dann setze ich noch etwas obendrauf. Wenn es richtig kalt ist und wir keine Isobaren haben, das heißt Linien unterschiedlichen Luftdrucks, dann haben wir keinen Wind. Wenn es dann noch dumm kommt und wir eine Bewölkungssituation haben, dann haben wir auch keinen solaren Strom. Dann frage ich Sie, wo die Power herkommen soll, die dann relativ schnell wenige Verbraucher aus unserem Netz herausziehen. Ich sage Ihnen, diese Spitzen hat keiner bedacht.

Das Thema Wärmepumpen oder Strom zum Heizen im gewerblichen Bereich in den Dimensionen, von denen ich spreche, kann man gar nicht machen. Es ist aus meiner Sicht nicht geeignet, zum einen technischer Natur, also was die Wärmeübergabe zum Gebäude betrifft, als auch stromtechnischer Natur.

Meine Damen und Herren, ich glaube, ich habe Ihre Ohren jetzt überstrapaziert. Ich habe sehr schnell gesprochen. Ich hätte noch ein paar Punkte für Sie zum Ausführen, aber ich denke, das war für das erste Mal ordentlich. Vielleicht haben Sie noch Fragen.

Vielen Dank.

(Beifall)

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank. Politiker können auch lange zuhören. Insofern haben wir das alles aufgenommen.

Ich glaube, wir haben eine Menge an Anregungen erhalten. Heute habe ich zumindest einen Teil Ihrer schriftlichen Nachlieferung schon im Computer sehen können. Es sind sehr umfangreiche Materialien. Wir können natürlich nicht auf alle eingehen. Sie haben aber auch angeboten, dass wir das Gespräch im Nachhinein suchen können.

Gibt es Fragen zum Vortrag? – Ich muss Ihnen dann doch noch eine Frage stellen. Das ist die Frage mit dem Faktor für den Strom. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie die Befürchtung, dass wir dann, wenn Stromheizungen sozusagen falsch von dem bewertet werden, was sie brauchen, zu Netzüberlastungen usw. kommen. Wie kommen wir denn um diese Richtung der Entwicklung herum, nur mit einer anderen Bewertung, oder brauchen wir da noch flankierende Maßnahmen?

Herr Kübler: Ich spreche jetzt für den gewerblichen Bereich, da bin ich einfach sattelfester, um eine Expertise einzubringen. Wenn wir es schaffen, das Thema der gewerblichen Hallengebäude als eigenes Gebäudecluster unter dem Wort Nichtwohnbau anzulegen, weil es einfach eine ganz andere Charakteristik hat, dann könnte man das als eine Ausnahme festlegen und das Schlimmste verhindern.

Es gibt aber auch andere Bereiche, die relevant sind. Stellen Sie sich nur einmal vor, Sie haben Großwärmepumpen für Krankenhäuser und andere Applikationen. Dort muss man dann genauer hinschauen und die Stromindustrie einmal fragen, die diesen Primärenergiefaktor extrem pusht, wie sie denn mit diesen Dingen umgeht, insbesondere mit fehlender Sonne und Wind unter extremsten Bedingungen, nämlich dann, wenn die Wärmepumpe an ihr Maximum kommt, das wäre dann noch der Gipfel. Wenn es also wirklich kalt ist, hat die Wärmepumpe ein richtiges Problem. Dann hat sie auch kein COP mehr von 4. Dann muss die Differenz mit direktem Strom gedeckt werden. Man muss einmal fragen, wie man das in diesen Fällen in den Großanwendungen in Einklang mit den Netzproblemen bringt, die auf der anderen Seite vorhanden sind. Geclustert kann das, wenn viel Solarthermie vorhanden ist, durchaus funktionieren. Aber so viel regenerative Energien aus Strom und aus Solarthermie haben wir noch nicht zur Verfügung, dass wir sie in großem Maße verheizen sollten.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank. Es gibt keine weiteren Fragen mehr. Danke schön, Herr Kübler. Wahrscheinlich kommen wir nach der schriftlichen Lektüre noch mit weiteren Fragen auf Sie zu.

Ich darf nun ohne das Wort an Herrn Professor Dr. Simon weitergeben. Er ist wissenschaftlicher Leiter der Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung in Bingen, bei uns bekannt als TSB. Ich darf Ihnen dann direkt das Wort erteilen. Ihre schriftliche Stellungnahme liegt in der Vorlage 16/4500 vor.

**Herr Prof. Dr. Ralf Simon, Wissenschaftlicher Leiter
Transferstelle für Rationelle und Regenerative Energienutzung Bingen – TSB, Bingen**

Herr Prof. Dr. Simon: Herzlichen Dank, Herr Vorsitzender! Herzlichen Dank, meine Damen und Herren! Ich freue mich, hier sprechen zu dürfen, und möchte gerne einen Satz zur TSB sagen. Die Transferstelle wird dieses Jahr 25 Jahre alt. Im September feiern wir unseren Geburtstag. Ich würde mich sehr freuen, wenn der eine oder die andere von Ihnen vielleicht Zeit findet, anlässlich des Energietages bei uns vorbeizukommen. Herr Hüser hat schon zugesagt, dafür danke ich sehr. Wir wollen ein bisschen feiern. Ich würde mich freuen, wenn Sie dazukommen können.

Ich habe Ihnen etwas über unser Vorgehen im Rahmen der Klimaschutzinitiative mitgebracht. Die Klimaschutzinitiative ist eine vom BMU geförderte Maßnahme, die den Kommunen hilft, die Energiewende voranzutreiben. Im Rahmen dessen sind wir in diversen Kommunen in Rheinland-Pfalz und den angrenzenden Bundesländern unterwegs, um zu helfen, den Klimaschutz und die Energiewende voranzutreiben.

(Herr Prof. Dr. Simon unterstützt seinen Vortrag mithilfe einer PowerPoint-Präsentation – Vorlage 16/4005 –.)

Ich habe ein Beispiel aus Andernach mitgebracht, wo wir im Rahmen der Bestandsaufnahme, die wir immer als erstes vornehmen, festgestellt haben – die Zahlen hatten Sie eben schon einmal gehört –, dass natürlich der Haushaltsbereich, insbesondere der private Haushaltsbereich, ein Energiefresser ist. Die Zahl von durchschnittlich 40 % hatten Sie eben gehört; in Andernach sind es 33 % des Energiebedarfs, der in diese Kategorie fällt.

Diese Bestandsaufnahme nutzen wir natürlich auch, um die Einsparpotenziale zu ermitteln. Diese muss man in technische und wirtschaftliche unterscheiden. In Andernach beispielsweise gibt es ein technisches Einsparpotenzial in der Kategorie private Haushalte – und damit unterscheide ich mich von meinem Vorredner – im Bereich von 66 %. Wenn es dann noch wirtschaftlich darstellbar sein soll, liegen wir bei 54 % Einsparpotenzial, also doch ein ganz enormes.

Natürlich ist es richtig zu sagen, dass das vor allen Dingen für die Gebäude gilt, die etwas älter sind. Das heißt also, wenn man mit der Bestandsaufnahme weitermacht, dann ist das nun einmal das Potenzial, das als erstes zu heben ist, bei dem es am Ende auch geringere Amortisationszeiten gibt.

Im Neubaubereich ist das deutlich komplizierter und schwieriger, deshalb werde ich darauf nachher noch ein bisschen Zeit verwenden.

Andernach ist eine Stadt – Sie kennen sie alle –, die vielleicht nicht unbedingt repräsentativ für Rheinland-Pfalz, aber trotzdem mit einem großen ländlichen Anteil versehen ist und insofern schon in Richtung Repräsentation gehen könnte. In Andernach haben wir im Rahmen der Bestandsaufnahme versucht herauszufinden, wie viel von der Gebäudesanierung umgesetzt wird. Sie sehen, dass das nur 0,75 % pro Jahr sind. In Deutschland will man 2 % erreichen, in Rheinland-Pfalz möchte man gerne 3 % haben. Da ist also wirklich noch etwas zu tun. Meine Vorrednerinnen und Vorredner haben darüber gesprochen, und ich kann mich dem nur anschließen. Da gibt es Aufgaben zu lösen, die schon genannt sind.

Unser Vorgehen in diesen Gemeinden ist ein sehr spezifisches. Wir machen zunächst einmal eine Gebäudetypologie. Wir schauen uns also die Gebäude in den Straßen an, wir machen eine Begehung durch den ganzen Ort und schauen uns die Gebäude nach Clustern an. Dann haben wir die Möglichkeit, in diesen Clustern Gebäudesteckbriefe zu machen, das heißt, zu bestimmen, was dort an Einsparpotenzial vorhanden ist, die Wirtschaftlichkeit für das jeweilige Gebäude zu berechnen und somit einen Gebäudesteckbrief zu erstellen, in dem dann auch Amortisationszeiten herauskommen. Das war vorhin Ihre Frage, wie lange die sind. Wir machen dazu eine dynamische Berechnung nach VDI und haben dann die Möglichkeit, dem Hausbesitzer zu den einzelnen Maßnahmen genau zu sagen, wie lang die Amortisationszeit ist. Trotzdem sind wir nur bei 0,75 %.

Ich weiß nicht, ob Sie das lesen können, ich möchte die Zahlen nur einmal beispielhaft vorlesen. Die Amortisationszeiten – das ist eine Gebäude aus dem Jahr 1957 – betragen 5,6 Jahre, 20 Jahre steht hier in einem Fall, dann 6,8 Jahre, 10 Jahre und 13 Jahre. Im Mittel sind es etwa 10 Jahre.

Das heißt, für jemanden, der ein Haus besitzt, ist das vielleicht eine Sache, die man sich überlegen kann. Für einen Mieter und Immobilienbesitzer im anderen Fall ist das natürlich eine Sache, die schwieriger ist.

Ich möchte gerne ein bisschen zum Thema Neubau sagen. Letztendlich weiß ich natürlich, dass das der kleinere Hebel ist. Ich habe mir aber vorgestellt, dass meine Vorrednerinnen und Vorredner über den Altbau reden, da dachte ich mir, gut, dann mache ich nur den Neubau, um dieses Thema auch noch mitzunehmen. Außerdem bin ich an der Hochschule tätig und daher an solchen Bildern ein bisschen mehr interessiert. Sehen Sie es mir also bitte nach.

Ich will eigentlich nur klarmachen, dass das, was wir in diesen Gebäuden vorhaben, immer komplizierter und aufwendiger wird, und wir müssen am Ende natürlich nicht nur die Wirtschaftlichkeit nachweisen, wir müssen auch die Leute mitnehmen. Der Betreiber, der Handwerker, das Unternehmen, das das aufbaut, die ausführende Firma, der Planer, der Architekt usw., alle müssen mitziehen und es voranbringen.

Wir haben eine Strom-Energiewende – so wurde es gerade eben gesagt –, die in diese ganze Geschichte mit hineinspielt. Ein solches Gebäude, wenn es denn wie in diesem Beispiel eine Fußbodenheizung hat, hat auch einen ordentlichen Beton verbaut, stellt also nicht nur einen Wärmespeicher, sondern eigentlich auch einen Stromspeicher dar. Schauen wir uns einmal die Energiewende an. Das war das, was Herr Kübler vorhin skizziert hat. Das hatten wir in Worms. In der Region Rheinhessen haben wir mit der EWR zusammen ein solches Bild für das Jahr 2020 ermittelt. Die Netzsituation wird dort so ausschauen. Ich glaube, dass war das, was Ihnen Angst macht, wie Sie sagten. Das kann ich nachvollziehen.

Das heißt, wir haben also Situationen, in denen wir viel zu viel Strom haben. Das ist Strom – das ist hier nicht umsonst in dieser Farbe dargestellt – aus Wind und Sonne, der dann in diesem Moment viel zu viel vorhanden ist. Das ist CO₂-freier Strom, und ich bin sehr wohl der Auffassung, dass man diesen CO₂-freien Strom in CO₂-freie Wärme umwandeln kann. Warum denn nicht? Warum nicht, vor allen Dingen, wenn es dann auch noch wirtschaftlich ist?

Was ich dazu brauche, ist eine Steuerung. Ich brauche ein System dafür. Jetzt komme ich zu meinem Thema, dem virtuellen Kraftwerk. Ich springe schnell darüber hinweg. Viele von Ihnen wissen, dass wir das machen. Wir machen das schon sehr lange. Wir sind heute bei über 200 Megawatt. Das ist ein gefördertes Projekt aus diesem Haus aus dem Jahr 2004/2005. Das haben wir weitergetrieben. Mittlerweile liegen wir bei über 200 Megawatt. Ihre Förderung lebt. Das darf ich als Kompliment zurückgeben.

Ich habe vorhin den Aspekt angesprochen, dass wir in diesen Systemen natürlich auch mit Strom heizen können. Mit Strom heizen heißt, Wärmepumpen einzusetzen, heißt aber vielleicht auch, Elektroheizter einzusetzen. Das ist thermodynamisch gesehen – das ist das, was Sie vorhin andeuteten, Herr Kübler – natürlich eine Straftat. Ich habe selbst Thermodynamik an der Hochschule gelehrt, glauben Sie mir das. Ich weiß also, was das heißt, ein Exergie-Verlust von 100 %, aber wenn das CO₂-freier Strom ist, warum nicht.

Ein Aspekt, den ich mit dieser Komplexität befürchte und bei dem wir im Rahmen unserer Gespräche, wenn wir durch die Kommunen gehen, immer und immer wieder erleben, ist die Tatsache, dass wir die Handwerkerschaft nicht mitnehmen. Das ist meiner Meinung nach ein ganz, ganz großes Problem. Es gibt natürlich Handwerker, die da voranrennen. So pauschal kann man das nicht sagen. Es gibt welche, die das ganze Thema Energiewende mitnehmen und es erfolgreich umsetzen, ganz klar richtig. In der breiten Masse und vor allen Dingen auf dem flachen Land – das ist jetzt sicherlich ein bisschen platt gesprochen – findet das aber so nicht statt.

Das heißt, die Handwerkerschaft auszubilden, die Handwerker mitzunehmen, sie zu informieren, halte ich für ganz wichtig, weil sie in den meisten Fällen die Erstansprechpartner sind. Wenn Sie einen Heizungs-Check – wie vorhin gehört – von einem Handwerker machen lassen, der eigentlich am liebsten Gasheizungen verbaut, kann ich Ihnen das Ergebnis jetzt schon sagen. Insofern ist das eine Sache, die man sich anschauen muss.

Wir haben in Bingen mit dieser Maßnahme sehr früh angefangen. Wir haben zweimal im Jahr Schüler begleitet, sie zu uns an die Hochschule gerufen. Wir haben das gemacht und immer eine große Resonanz erlebt, auch in Presse, Funk und Fernsehen. Leider dürfen wir das nicht mehr machen.

Das ist eine kleine Bitte an Sie, vielleicht mitzuwirken, dass wir das wieder einmal machen dürfen. Wir dürfen es momentan nicht mehr machen. Schülerferienkurse werden in der aktuellen Förderpolitik nicht mehr von Fachhochschulen durchgeführt, ganz einfach deswegen, weil man nur noch Sachmittel fördert. Es ist also ein rein universitäres Programm geworden, weil die Universitäten Personal haben und die Fachhochschulen nicht. Ganz einfach.

Sachmittel interessieren mich ehrlich gesagt nicht. Wir machen das mit wenig Sachmitteln, wir brauchen Personalmittel. Das ist der Punkt, der dort zum Tragen kommt. Es handelt sich also um eine ganz kleine Maßnahme.

Ich bin Hochschullehrer, das wissen Sie, und als solcher habe ich mir erlaubt, auch Folgendes mitzubringen, für das ich plädiere. Wir müssen daran denken, dass wir die Ausbildungsgänge, die wir an

den Hochschulen durchführen, öffnen und offenhalten, um damit auch geeignete Personen, die auf dem dritten, vierten oder fünften Bildungsweg zu uns kommen können, mitzunehmen und aufzunehmen.

Wir haben Bachelor-Studiengänge in Bingen, wir haben Weiterbildungs-Masterstudiengänge, die dazu geeignet sind. Die halte ich für wichtig, und das sollte auch weiterhin funktionieren.

Ich möchte nur kurz berichten: Ein Meister, der bei uns in Bingen vor sechs Jahren auf Probe angefangen hatte, hat mittlerweile seinen Bachelor und Master abgeschlossen und sich jetzt zum Promotionsstudium angemeldet. Super! Ganz toll. Als Handwerker hat er angefangen, und als promovierter Mensch wird er irgendwann seine Ausbildung beenden. Das finde ich super und toll.

Die Leute mitzunehmen, ist also mein Plädoyer. Dem, was Sie vorhin schon gehört haben, würde ich mich gerne anschließen.

Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Danke schön, Herr Professor Simon. Gibt es zu dem Vortrag Fragen? – Ich will einmal eine Frage formulieren. Wenn ich es richtig verstanden habe, sagen Sie, Energieberatung oder Beratung für Sanierung ist gut. Es kommt aber darauf an, wen man fragt.

Neben Ihnen sitzt der Vertreter der Architektenkammer, dann haben wir die Verbraucherzentrale, die Energieagentur, die Sanitärbranche und jemanden, der Hallen baut. Wenn wir Sie jetzt alle in ein Gebäude schicken würden – das ist meine Vermutung –, würden Sie alle mit verschiedenen Thesen herauskommen, was wir als erstes tun sollen. Das wäre vielleicht bei keinem schlecht. Wie kann man das aber zusammenbinden? Was schlagen Sie vor?

Herr Prof. Dr. Simon: Grundsätzlich ist es natürlich schlecht, wenn an dieser Stelle verschiedene Meinungen nur dazu führen, dass keiner mehr etwas umsetzt. Wenn ich Hausbesitzer bin, mich auf die Meinung von Experten verlassen muss und man dort mit verschiedenen Zungen spricht, ist das für den Hausbesitzer natürlich schlecht. Der wird dann am Ende sagen, nein, dann mache ich nichts. Insofern ist das sicher schlecht.

Ich denke mir, dass man durch Aus- und Weiterbildung sehr viel erreichen kann. Damit muss man sehr früh anfangen. Das ist unsere Erfahrung.

Wir haben gerade vor vier Wochen eine Situation gehabt, in der wir bei einer Wohnungsbaugesellschaft eine Beratung durchgeführt hatten. Der Geschäftsführer war schon vor der Beratung auf ein Ergebnis festgelegt und wollte durch die Beratung eigentlich nur erreichen, dass seine Meinung bestätigt wird. Er ist eine Person, die vielleicht zwei Jahre vor der Rente steht. Letztendlich war er der Meinung, nein, ich will es eigentlich so weitermachen und so beenden, wie ich angefangen habe. Das heißt, dem konnten wir nicht gefallen. Das ist klar. Er wird sich wahrscheinlich nachher jemand anderen gerufen haben.

Wir müssen früh anfangen und dafür sorgen, dass die jungen Leute das mitnehmen.

Herr Abg. Dr. Mittrücker: Herr Professor Simon, Ihr Vorredner Herr Kübler hat einen sehr interessanten Satz geprägt, der lautet: Effizienz vor Substitution. Sehen Sie das auch so, dass man denen, die beraten, diesen Satz als Grundlage gibt, und dass anschließend nachgewiesen werden muss, dass dieser Satz stimmt? Hätten wir diese Kausalkette, könnten nicht mehr so viele unterschiedliche Meinungen herauskommen; denn dann müsste bewiesen werden, dass dieser Satz – ich wiederhole: Effizienz vor Substitution – eingehalten und bewiesen wird.

Wenn wir das als Grundlage von Entscheidungen nehmen würden, wäre ich bereit zu sagen, wir hätten mehr getan als vieles andere. Sehen Sie das ähnlich?

Herr Prof. Dr. Simon: Physikalisch ist das auf jeden Fall richtig, ganz klar, unbedingt richtig. Das ist ein ingenieurmäßiger Ansatz: Effizienz vor Substitution.

Dabei sehe ich jedoch ein Problem, wenn ich die Effizienz betrachte. Im Hallengebäudebereich ist seine Methode genau die richtige, darüber brauchen wir gar nicht reden. Im Wohn- oder Bürobaubereich, in Kindergärten und Krankenhäusern – die anderen Bereiche eben – ist es aber so, dass das Thema Effizienz in vielen Fällen deutlich teurer und unwirtschaftlicher als die Substitution ist. Wenn das stimmt, was ich sage, dann ist die Substitution natürlich wenigstens ein Schritt in die Richtung, die wir haben wollen, CO₂-frei zu werden.

Ich bin aber unglücklich mit dem Satz, den ich gerade gesagt habe, weil ich Ingenieur bin. Das ist aber das Leben.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Wenn es keine weiteren Fragen gibt, danke ich Ihnen noch einmal herzlich und gebe das Wort weiter an Herrn Reker, Präsident der Architektenkammer Rheinland-Pfalz. Ihre Stellungnahme liegt uns als Vorlage 16/3987 vor. Ich darf Sie um Ihren Vortrag bitten.

Herr Gerold Reker
Präsident der Architektenkammer Rheinland-Pfalz, Mainz

Herr Reker: Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Herzlichen Dank, dass wir unsere Meinung mitteilen können. Wir haben bislang sehr viel Kluges und Gutes gehört, sodass ich mich nicht noch einmal auf den technischen Part einschließen, sondern einen Gedankengang beisteuern möchte, wie die Architektenkammer vorgeht und berät.

Grundsätzlich sollte man bei dem Wort Energieeffizienz noch einmal darüber nachdenken, was es eigentlich bedeutet. Für uns bedeutet das, einen gewünschten Nutzen mit möglichst wenig Energieeinsatz zu erreichen. Auf den Lebenszyklus von Gebäuden bezogen heißt das, mit möglichst wenig Energieeinsatz Immobilien errichten, betreiben und zurückbauen; denn das gehört in die energetische Betrachtung mit hinein, insbesondere auch beim später noch anzusprechenden Bauen im Bestand. Wie gehe ich mit grauer Energie um? Was ist in Gebäude, die im Bestand sind, schon an Energie hineingeflossen? Wie kann ich sie zahlenmäßig erfassen? Wie kann ich sie mit berücksichtigen?

Insofern ist die Oma, die in einem Siedlungshäuschen wohnt und im Winter zwei Zimmer mit ihrem Ölofen beheizt, unter Umständen effizienter, als wenn sie ein gedämmtes Haus bekommt und dann plötzlich den Luxus hat, alle Zimmer beheizen zu können. Dann ist der Effizienzgedanke nämlich verspielt. Das ist für uns einer der Gründe, warum die Akzeptanz der Energiewende so schleppend verläuft. Ich komme gleich noch im Einzelnen darauf.

Was wir eben kurz angesprochen hatten, ist sicherlich auch die Überlegung, wie wir mit der Betrachtung der vielen Einzelaspekte, so, wie wir sie eben gehört haben – nämlich Dämmung, Heiz- und Lüftungstechnik, Vermeidung von Wärmebrücken, passiver Solargewinn, Belichtung, Beleuchtung –, umgehen. Wie können wir diese ganzen einzelnen Fachgebiete, die alle schon sehr tief eingedrungen sind, in irgendeiner Form zusammenbringen?

Wir versuchen von der Architektenseite aus – das ist nicht nur in Rheinland-Pfalz, sondern bundesweit so –, das ganzheitliche Prinzip klarzustellen. Das heißt, wir haben es nicht nur mit Einzelteilen von Technik, sondern mit einem Gebäude zu tun. Dieses Gebäude setzt sich aus vielen Bausteinen zusammen. Ich kann nicht einen Baustein allein betrachten, ohne eine Auswirkung auf den nächsten zu haben. Das heißt, ich kann hoch dämmen und hole mir dann ein gesundheitliches Problem.

Wir sehen das im Schulbau. Wir haben im Schulbau hoch gedämmt. Anschließend haben wir dann um 10 Uhr die Lüftungsanlagen einschalten müssen, weil uns die Kinder einschlafen. Die Regelung läuft über die Schule selbst, die lassen nämlich einfach alle Außentüren offenstehen, weil das Klima eben nicht mehr ist, wie es vorher einmal war, als die Fenster noch undicht waren, usw., usw.

Das heißt, man sollte diese Dinge in einer gesamtheitlichen Betrachtung sehen. Wir sparen zum Beispiel im Schulbau sehr viel dadurch ein, dass wir den Bedienenden ganz einfach die Drehknöpfe wegnehmen. Wir lassen die mit einem kleinen Stellmotor in der Decke laufen. Die Schulen werden auf 17 Grad Celsius geheizt. Morgens kommen 30 Kinder herein und bringen 3.000 Watt mit. Das geht sehr schnell auf 20 Grad Celsius hoch. Die Lehrer haben nur noch die Möglichkeit, in Halb-Grad-

**9. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –**

Takten zu drehen. Damit haben wir eine Einsparung in der Größenordnung von 8 % bis 10 % ohne einen maßgeblichen Kostenaufwand erreicht.

Ich glaube, das sind Dinge, die man zusammenbringen muss, um damit eine vernünftige Betrachtung zu erreichen.

Ich stimme Herrn Kübler zu, dass wir im Rahmen der EnEV sicherlich zwischen Wohngebäuden und Nichtwohngebäuden – letzere unterteilt in Gewerbebauten, diese noch einmal beispielsweise in Krankenhäuser unterteilt, es gibt unterschiedliche Gewerbebauten – unterscheiden sollten. Wir müssen sie auch in bestehende und neu zu errichtende Gebäude unterteilen.

Energiepolitisch ist für uns dabei die Situation entscheidend, in der Investitionsentscheidungen anstehen. Das ist eine klare Erkenntnis aus vielen Jahren Beratung, die wir schon mit der LBS über 17 Großveranstaltungen gemacht haben. Wir bewerten immer nur das energetische. Wir müssen aber darauf achten, dass es Investitionsentscheidungen gibt, die beim Neubau, bei der Sanierung und beim Eigentümerwechsel anstehen. An dieser Stelle muss der Fuß in die Tür gesetzt werden. Wenn man diese Entscheidungen anstehen hat – Anstrich, Verbesserungen, neue Böden, neue Badezimmer etc. –, muss gleichzeitig das energetische Denken mit eingebracht werden.

Wir müssen dazu sagen, dass bei allem – das ist eine klare Erkenntnis meines Berufsstandes –, was wir tun, die Komfortansprüche immer höher werden und der Wärmebedarf immer weiter ansteigt. Wir waren einmal bei 19 Grad Celsius im Winter, dann waren wir bei 20 Grad Celsius, inzwischen sind ältere Leute schon bei 24, 25 oder 26 Grad Celsius, wenn sie Fußbodenheizungen haben. Das heißt also, der Komfort steigt mit und bremst manches an Energieersparnis wieder aus.

Wir müssen sehen, dass wir in der EnEV – das ist eben schon ein paar Mal gesagt worden – für meine Begriffe massive handwerkliche Fehler haben. Einer dieser Fehler – darauf komme ich gleich noch einmal bei einer Anregung, was man dort politisch machen könnte, zurück – ist der, dass die EnEV mit einer hohen Spreize arbeitet. Man geht mit hohen Erwartungszahlen heran, die später nicht erfüllt werden. Das heißt, wir haben einen Prebound-Effekt, der dann nicht eintritt und bei demjenigen, der der Meinung ist, er habe eine hohe Zahl eingespart, die Ernüchterung bringt, da ist ja gar kein Ergebnis, jetzt habe ich viel Geld in die Hand genommen, aber ich spare eigentlich nichts.

Das heißt also, Werte, die noch mit eingebracht sind, wie die Spitzenlasten im Jahr – wir rechnen immer noch auf minus 12 Grad Celsius –, haben wir vielleicht noch an drei Tagen im Jahr, um Silvester und vielleicht noch irgendwann im Februar. Daraufhin werden immer noch Berechnungen bezogen. Dort ist sicherlich einiges in der technischen Abwicklung zu überprüfen, insbesondere der gradlinig gerechnete Wärmedurchgang. Herr Professor Simon, thermodynamisch wissen wir, dass sich Wärme dreidimensional ausbreitet. Dort ist in den Berechnungsverfahren sicherlich noch einiges aus den alten DIN 4108-Normen mitgenommen worden, das es zu überarbeiten gilt.

Kommen wir zu den Einsparpotenzialen, sehe ich den größten Einsparbedarf bei bestehenden Wohngebäuden. Wir wissen, dass bestehende unsanierte Gebäude etwa viermal so viel Energie wie Neubauten und ca. 15-mal so viel wie Passivhäuser brauchen.

Wir wissen auch, dass etwa 80 % des Wohnungsgebäudebestandes in Rheinland-Pfalz vor 1977 errichtet wurden. Das ist das Jahr vor Inkrafttreten der Wärmeschutzverordnung. Das muss man sich als Zahl einmal klarmachen, das sind rund 1,3 Millionen Wohnungen, die da anstehen.

Was wir nach draußen tragen sollten, ist, dass die energetischen Sanierungen nicht nur dem Klimaschutz und der Schaffung von Arbeitsplätzen dienen, wie man argumentiert, sondern dass sie mit einem durchdachten Konzept durch Wertsteigerung, geringere Energiekosten und verbesserten Wohnkomfort vor allem für den Nutzer und den Eigentümer vorteilhaft sind. Damit kann man auch das Restpaket der energetischen Sanierung besser verpacken.

Wir sehen das auch im Thema des demografischen Wandels. Wir haben viel mehr älter werdende Gesellschaftsanteile, die sicherlich in mancherlei Hinsicht energetisch sanieren würden, wenn man barrierefrei baut, wenn man altersgerecht baut, wenn man also mehrere Pakete zusammenpackt.

**9. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –**

Unsere Beratungen in dieser Hinsicht sind bekannt. Im Zentrum Baukultur läuft da einiges, das muss ich jetzt nicht vertiefen.

Wichtig ist für uns die Erkenntnis, dass man ein Gebäude immer als Gesamtgefüge betrachten muss, weil sich alle Maßnahmen unterschiedlich auf andere Bauteile auswirken.

Das Einsparpotenzial bei Neubauten ist eigentlich geklärt. Die Planung energieeffizienter Architektur erfordert aber ein hohes Verständnis von komplexen Wechselwirkungen von Umwelt, Mensch und Gebäude. Wir haben eben einen technisch hoch installierten Bau von Professor Simon gesehen. Diese neuen Gebäude werden in einer ganz frühen Planungsphase maßgeblich bestimmt. Wir haben bei den Bauherren – auch bei vielen öffentlichen Bauherren – noch das Problem, dass vieles an Erkenntnissen, das ganz früh einfließen müsste, eigentlich erst viel zu spät und dann irgendwo im Bauprozess einfließt, ähnlich wie beim Berliner Flughafen.

Das ist die Problematik, und jetzt ist man an der Stelle, an der es hakt, weil man dort die frühe Planungsphase nicht intensiv genutzt hat.

Das heißt, wir müssen viel mehr über lokale Umweltbedingungen nachdenken. Wir müssen auch den Gebäudenutzer einbeziehen. Das wird viel zu wenig gemacht. Was nutzt mir eine hohe energetische Sanierung, wenn er – im kleinen Rahmen – weiter die Fenster auf Kipp stellt, wenn die Schultüren weiterhin offenstehen und der Durchzug durchs ganze Haus geht? Dann ist alles, was ich vorher eingesetzt habe, irgendwo in Frage gestellt.

Man muss auch hineingehen und überlegen, was man in der Architektur tun kann. Wir wissen, dass das Fläche-Volumen-Verhältnis – das ist in der Kugel gleich eins – das optimierte ist. Wir gehen auch in der Architektur wieder in alle möglichen Formen und machen große Hülloberflächen. Darüber sollte man sicherlich nachdenken.

Wichtig ist, dass man vor dem Bauen eine gründliche Erhebung und Analyse macht. Da das immer komplexer wird, wird es immer mehr vergessen und immer weniger betrieben. Das ist auch eine Erkenntnis, die wir nach draußen tragen, dass innerhalb der öffentlichen Träger des Bauens immer weniger Fachleute vorhanden sind, die diese Dinge mit beurteilen können. Das ist für meine Begriffe in den nächsten Jahren eine sehr negative Entwicklung.

Was die Denkmäler angeht, ist in Rheinland-Pfalz in diesem Bereich mit 4 % sicherlich eine Größenordnung vorhanden, die nicht weiter diskutiert werden muss. Es gibt inzwischen Maßnahmen – entweder durch den Einsatz regenerativer Energien oder durch Innendämmungen, die inzwischen sehr weit entwickelt sind –, hier vorzugehen. Wichtig ist auch, dass differenzierte Sanierungskonzepte greifen müssen, und die Zweckmäßigkeit der Einstellung, ich lasse da einmal den Heizungsbauer dran oder den Maurermeister sanieren, ist sicherlich eine Frage, die man sich selbst beantworten müsste.

Wichtig ist, dass diese Sanierungskonzepte, wenn sie fertig sind, einen Mehrwert erzeugen müssen. Wenn ich diesen Mehrwert habe, habe ich auch eine Überzeugung gegenüber der Bevölkerung, die in diese Fragen einsteigen soll.

Was machen wir als Kammer? Wir machen eine qualifizierte Information und Beratung. Unsere Beratung stellen wir als fachkundige, unabhängige Beratung dar. Wir beraten den Bauherren nicht über Produkte, sondern wir beraten unabhängig. Diese Beratung sollte ausgewogen in die Planung und Ausführung fließen.

Wir bieten für Architekten und Bauherren Informationen zu Gesetzen und Verordnungen aus dem Bereich der Energiepolitik an. Unsere Mitglieder werden regelmäßig und kontinuierlich durch Seminare zu EnEV, Energieausweis, Energieberatung, energieeffizientem Bauen und Sanieren weiter geschult und qualifiziert.

Für Bauherren bieten wir kostenfreie Seminare und Vortragsabende an, die – in Mainz zum Beispiel in Kooperation mit dem Mainzer Umweltamt – informieren.

Wir geben Publikationen zu allen Bereichen des energetischen Planens und Bauens heraus. Wie eben schon gesagt, gehen wir davon aus, dass ein besonderes Augenmerk auf Energieeffizienz und demografischen Wandel zu legen ist. Wenn wir in die Eifel oder andere ländliche Gegenden kommen und hören, welche Fragen sich dort im Dorf-Check stellen und beantwortet werden müssen, merken wir sehr deutlich, dass es dort genau in die richtige Richtung geht.

Tagungen und Seminare zum Thema Energiesparen für Architekten und Handwerker gibt es bei uns in Zusammenarbeit mit beiden Berufsgruppen schon lange. Herr Hüser, 2013 haben wir mit dem Ministerium für Wirtschaft, Klimaschutz, Energie und Landesplanung einen Architekturpreis Energie ausgeschrieben, der sehr erfolgreich bespielt wurde. Das heißt also, wir gehen in die Informationsebene hinein, um Schwellenangst abzubauen; denn das ist das große Problem, das wir bei der Umsetzung der Energiewende sehen. Es ist eine hohe Schwellenangst vorhanden.

Um diese Schwellenangst abzubauen, bieten wir eine Initialberatung Modernisierung an – nicht energetische Sanierung, sondern Modernisierung –, um dem Bauherrn diese Angst zu nehmen und mit ihm den allgemeinen Modernisierungs- und Erweiterungsbedarf zu erörtern. Oft kommt er über das Gespräch erst dazu, dass sein Problem ganz woanders liegt, als er meint. Er merkt plötzlich, dass das, was er an einer, ich sage einmal, alten Hütte sanieren will, Geld in den Sand gesetzt wäre. An dieser Stelle muss man erst einmal etwas anderes machen. Wenn man das andere gemacht hat, kann man vieles von dem abdecken, was er eigentlich gerne hätte.

Das haben wir angeboten. Wir machen das mit einer Vor-Ort-Beratung, mit Durchgehen, mit Aufmaß. Dafür nehmen wir 210 Euro, damit für den Nutzer auch ein bisschen Wert hintendran steckt. Er bekommt einen Kurzbericht und hat dann die ersten Daten, um damit für die Finanzierung zur Bank gehen zu können. Das ist ein Thema, aus dem wir schöpfen, welche Angst, welche Hemmschwelle dort eigentlich besteht.

Wenn man von den politischen Hauptinstrumenten ausgeht, die Sie einsetzen, um dieses Thema nach vorne zu treiben, sind das erstens die Vorschriften, die wir mit der EnEV und allem möglichen haben, die sicherlich überarbeitet werden müssen. Dann setzen Sie zweitens sicher Anreize durch Fördermittel oder was auch immer. Dann haben wir die Demonstration, das heißt, wir wollen gute Beispiele, Best-Practice-Beispiele, zeigen. Das machen wir gemeinsam und gehen damit an den Markt. Und wir haben den Bereich der Information. Bei der Information haben wir natürlich ein einseitig gefügtes Gepräge. Da gibt es die dena und alles, was sich so in Berlin etabliert hat.

Man muss das einmal kritisch und mit gesundem Menschenverstand durchgehen, und dann bemerkt man plötzlich die Hürden und Fehler, die die EnEV hat. Dann merkt man plötzlich, dass die energetische Sanierung nicht so wirtschaftlich ist, wie sie immer dargestellt wird. Wenn das so ist – das ist mit Zahlen und Untersuchungen belegt –, muss man überlegen, wenn man sie schon nicht gesundbeten und gesundreden kann, dann muss man zumindest den Begleitteil so gestalten, wie wir es bei der Demografie und anderen Dingen tun, dass man sagt, es ist trotzdem hinterher, wenn ich das Gesamte fertig habe, ein Mehrwert vorhanden. Das kommt nicht heraus.

Ich mache auf einen Aufsatz aufmerksam, den sich jeder Politiker, der fragt, warum es nicht klappt, an einem ruhigen Wochenende einmal durchlesen sollte. Der Aufsatz ist von Ray Galvin, ist sicher bekannt und trägt den Titel „Warum deutsche Hauseigentümer ungern energetisch sanieren“. Das ist im Building Research & Information veröffentlicht worden. Darin steht eigentlich alles, was wir hier bei uns nicht wissen.

Der Autor hat den Auftrag gehabt, für die angelsächsischen Länder – bei denen läuft das unter dem Begriff „Green Deal“; sie gehen anders vor als bei uns, nicht durch eine umfangreiche Gesetzgebung, sondern durch einen gemeinsamen Handel – zu beobachten, wie die energetische Sanierung bei den europäischen Ländern funktioniert. Er hat ganz dezidiert festgestellt, wo bei uns die Mängel und Hürden sitzen, die man abbauen kann. Eine der maßgeblichsten Hürden ist, dass wir den Haus- und Wohnungseigentümern nicht vermitteln können, dass die Maßnahmen, die wir machen, wirtschaftlich und ökonomisch sind. Das ist die größte Hürde.

Das heißt also, ich brauche nicht den Handwerker, der dort hingehet, sondern ich muss eine vernünftige Aufklärungspolitik betreiben. Diese Aufklärungspolitik darf nicht einseitig durch ein Interessengebiet

bestimmt sein, so, wie es die dena darstellt, sondern muss auf eine vernünftige Basis gestellt werden. Darin sehe ich persönlich auch nach vielen Jahren Erfahrung mit diesem Thema den größten Nutzen.

Wenn wir nun in dieser Frage Forderungen an die Politik hätten, wären das, wie gesagt, die qualifizierte Beratung und transparente Förderkonzepte. Für die Umsetzung des Energieeffizienzziels stehen in allen Bereichen – das haben wir eben gehört, vom Privathaushalt bis zur Industrie – ausreichend Technologien zur Verfügung.

Wir müssen sehen, dass wir zu einem beschleunigten Modernisierungs- und Sanierungsprozess kommen. Wie eben schon gesagt, müssen wir dabei Veränderungen und Anforderungen, die sich aus der demografischen Entwicklung ergeben, zwingend mit einbeziehen, sonst sitzen wir hinterher vor vielen schönen sanierten Häusern, die niemand kauft.

In Ergänzung zu den bestehenden KfW-Förderungen sollte die steuerliche Förderung energetischer Sanierungen umgesetzt werden, um Hausbesitzer zu motivieren und eine breitere Zielgruppe zu erreichen. Wir reden nicht gerne über die steuerlichen Förderungen, aber – wir haben es eben gehört – ohne steuerliche Förderung werde ich in manchen Bereichen nicht viel erreichen.

Dazu gehört, dass eine Technologie- und Markttransparenz aufgebaut wird. Viele wissen gar nicht, was eigentlich draußen so passiert und was man mit technischen Dingen alles machen kann. Bei der Frage der Initialförderungsberatung wäre es wichtig, dass das Land – ich denke da an unsere 210 Euro, nicht weil wir es haben, das haben andere auch – in diese frühe Landesförderung zur Initialberatung Modernisierung einsteigt und sagt, wir übernehmen für einen Bauherren einen Kostenanteil oder die gesamten Kosten, damit er einen Fuß in der Tür hat. Das wäre die Frage, die man einmal miteinander diskutieren sollte.

Das Zweite wäre, dass man vor den Ergänzungen zu den Förderprogrammen des Bundes eine Aufnahme des Förderprogrammes des Landes für energieeffiziente Sanierung diskutiert. Dabei sollte man statt hocheffizientem technischem Hightech ein sinnvolles energetisches Standardbild fördern. Das sollte in einem qualifizierten und individuellen Sanierungsfahrplan laufen, den Fachleute aufstellen müssen.

Als Letztes wäre noch kurz zu sagen, wir sollten Maß halten. Wir sind dabei, in der Diskussion auch das Thema Suffizienz anzusprechen, das Hinterfragen des eigenen Komfortanspruchs. 2013 hat die Pro-Kopf-Wohnfläche einen neuen Höchstwert erreicht. 1950 hatten wir pro Person zehn Quadratmeter Wohnfläche. Inzwischen sind wir bei 45 Quadratmetern. Das muss man sich einmal durch den Kopf gehen lassen, die Erhöhung der Temperaturen, die Erhöhung des Warmwasserbedarfs etc. alles mit bedacht. Ich glaube, wenn man das insgesamt ganzheitlich mit dem betrachtet, was sinnvoll in der Mitte gemacht wird, und das Ziel Suffizienz ein wenig beachtet, kämen wir einen ganz gewaltigen Schritt weiter.

Vielen Dank.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank, Herr Reker. Gibt es Fragen dazu? – Sie haben umfassend aufgeklärt. Ich bedanke mich sehr und gebe das Wort an Herrn Weinreuter weiter, der für die Verbraucherzentrale da ist. Ihre schriftliche Stellungnahme liegt in der Vorlage 16/3984 vor.

Hans Weinreuter
Energierreferent der Verbraucherzentrale Rheinland-Pfalz e.V., Mainz

Herr Weinreuter: Vielen Dank. Sehr geehrter Herr Vorsitzender, sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Auch von meiner Seite ein Dankeschön für die Einladung und die Möglichkeit, hier Stellung zu beziehen. Ich versuche, mich relativ kurz zu fassen. Ich denke, das meiste können wir dann noch einmal in der abschließenden Diskussion klären. Auf ein paar Punkte meiner Stellungnahme möchte ich ganz kurz eingehen.

Die vielen technischen Dinge, die es gibt – die Einsparpotenziale sind schon genannt worden –, muss ich sicherlich nicht noch einmal wiederholen. Ansonsten begrüßen wir es sehr, dass das Thema Wärmeeffizienz auf die Tagesordnung kommt, um ein bisschen von der reinen Stromdiskussion wegzukommen.

Ich habe bei dem, was ich Ihnen geschickt habe, ein wenig den Schwerpunkt auf die Frage gelegt – wir wissen, welche Instrumente es seit vielen Jahren gibt, welche Einsparpotenziale bestehen und wie wir sie technisch leben können –, warum das nicht in der Form passiert, wie man es erwarten könnte, vor allem, wenn man sich die Preisentwicklung bei den Energiepreisen in den letzten 20 Jahren anschaut.

Es gibt ein paar Untersuchungen dazu, nicht nur in England. Auch bei uns gibt es ein paar Studien zu der Frage, wo denn die Haupthemmnisse liegen.

Dadurch, dass wir seit vielen Jahren persönliche Energieberatung für Privathaushalte machen, bekommen wir natürlich auch das eine oder andere bei uns in der Beratung mit.

Ich führe noch einmal die wesentlichen Punkte auf, die zu beachten sind. Es gibt eine Menge Vorurteile, Missverständnisse und Unkenntnis in Sachen energetischer Sanierung, insbesondere in Sachen Wärmedämmung. Das Ganze wird noch geschürt durch diverse Medienberichterstattungen in den letzten zwei bis drei Jahren. Dies wirkt sich durchaus aus.

Das merkt man in der die Beratung regelmäßig. Wenn die „F.A.Z.“ wie vor 14 Tagen einen ganzseitigen Artikel bringt „Stoppt den Dämmwahn“ mit diversen schlecht recherchierten oder auch falschen Behauptungen, dann wirkt sich das aus. Das merken wir seit Jahren. Ich könnte mir vorstellen, dass die Tatsache, dass die Dämmstoffindustrie einen Umsatzrückgang von 5 bis 10 % hat, was ich gelesen habe, unter anderem auch damit zusammenhängt.

Natürlich haben wir ein komplexes Thema. Es ist auch nicht einfach, ein komplexes Thema so zu vermitteln, dass bei den Hausherrn Sicherheit entsteht. Es ist anspruchsvoll. Aber ich denke, trotzdem müssen wir daran gehen.

Eben wurde in der Diskussion schon genannt, dass man dann, wenn man Fachleute fragt, häufig unterschiedliche Aussagen bekommt. Das führt natürlich auch nicht zu großer Sicherheit bei den Hausbesitzern. Hinzu kommt das Thema Finanzierung. Dazu ist schon viel gesagt worden. Da kann ich mich den meisten Ausführungen nur anschließen. Auch wir halten eine steuerliche Abschreibungsmöglichkeit für energetische Maßnahmen für sehr sinnvoll. Das bekommen wir auch immer wieder zu hören, weil viele Leute ungerne Darlehensprogramme in Anspruch nehmen. Sie hätten lieber Barzuschüsse und die Möglichkeit der steuerlichen Abschreibung.

Man kann das diskutieren, wie man will. Das ist so. Das bekommen wir als Rückmeldung. Dazu kommt die Unübersichtlichkeit der Förderlandschaft, die Unstetigkeit. Das macht es in der Beratung auch schwer.

Wir haben ein Investor-Nutzer-Dilemma in den Mehrfamilienhäusern, was auch nicht einfach zu lösen ist. Wir haben die komplizierten Entscheidungsprozesse bei Eigentümergemeinschaften. Dazu haben wir noch bauliche Besonderheiten, die die ganzen Maßnahmen komplexer und zum Teil teurer machen. Ja, das sind alles entscheidende Punkte.

Dazu kommt das Thema Ordnungsrecht, bei dem man auch noch diskutieren kann, was dort zu verbessern ist. Ich habe in der Stellungnahme noch einmal eine Umfrage zitiert, deren Ergebnisse das Ganze noch einmal bestätigt.

Das Motiv für viele ist sicherlich die Wirtschaftlichkeit bzw. die Preisentwicklung bei Öl und Gas. Wir merken bei uns auch in der Beratung, wie stark die Nachfrage in der Beratung von der Preisentwicklung abhängt. Seit ein paar Jahren haben wir relativ stabile Preise im Gasbereich. Auch der Ölpreis ist im Moment wieder auf vergleichbar niedrigerem Niveau. Das merken wir sofort bei uns, was die Beratungsnachfrage angeht.

Ich komme nun zu der Frage, was an Maßnahmen sinnvollerweise anzupacken wäre. Die drei Hauptmaßnahmen sind schon genannt worden, Förderung, Information, Beratung und Ordnungsrecht. Das sind Dinge, die lange bekannt sind, die auch in erster Linie auf Bundesebene angefasst werden. Wie stetig und in welcher Qualität, kann man sicherlich diskutieren. Aber die Frage ist, was das Land darüber hinaus zusätzlich machen kann. Ich denke, es macht keinen Sinn, dass man einfach die Bundesprogramme kopiert und auf Landesebene hinterlegt. Es wäre sinnvoller, sich noch einmal genauer die Hemmnisse anzuschauen und zu sehen, wo man ansetzen könnte.

Am Ende habe ich ein paar Stichworte angesetzt, wo man vielleicht ansetzen könnte. Zum einen ist das Stichwort Vorranggebiete zu nennen. Dies wird vor allen Dingen zusammen mit dem Thema der Ausweisung von Windenergiestandorten diskutiert. Man kann das auch auf andere Bereiche übertragen, so wie hier das Thema Wärmedämmung oder das Thema Nahwärmeversorgung oder Heizungserneuerung genannt wurden. Das heißt, es geht eigentlich darum, die vorhandenen Instrumente ein bisschen zielgerichteter einzusetzen und vor Ort zu schauen, wo es welchen Bedarf gibt.

Auf kommunaler Ebene gibt es die Möglichkeit, zu schauen, wo welche Baugebiete vorhanden sind, wie die Altersstruktur ist. Man wird Wohngebiete finden, wo Sie verstärkt Gebäude aus den 50er- und 60er-Jahren finden. Da ist das Thema Wärmedämmung sicherlich an erster Stelle zu nennen. Dann werden Sie Wohngebiete aus den 80er- und 90er-Jahren finden. Da spielt das Thema Wärmedämmung mit Sicherheit in den nächsten zehn bis 20 Jahren sicherlich keine Rolle. Aber dort steht vielleicht das Thema Heizungserneuerung an. Das heißt, es geht darum, genauer hinzuschauen, Gebiete auszuweisen und zu schauen, wenn ich diese Gebiete ausgewiesen habe, welche Instrumente dann schwerpunktmäßig in diesen Gebieten zum Ansatz kommen sollten. Dann kann ich gezielt mit zusätzlichen Förderprogrammen dort hineingehen.

Seit einiger Zeit gibt es das Programm „Energetische Stadtsanierung“ von der KfW, wo man auf Quartiersebene versucht, genauer hinzuschauen und Lösungen zu finden. Das halte ich für sehr sinnvoll.

Es gibt auch aus dem hiesigen Finanzministerium bei, soweit ich weiß, zehn Städten in Rheinland-Pfalz zusätzliche Unterstützung. Ich denke, das ist eine Sache, die man sich genauer anschauen sollte, um wirklich Lösungen auf Quartiersebene zu finden, wo auch die Kommunikation mit den Hausbesitzern eine einfache Sache ist. Man sollte sich das genauer anschauen, damit man dort die besseren Effekte erzielt.

Es geht dann darum, auch bei dem Thema der Umsetzung genauer hinzuschauen. Konzepte sind wichtig. Herr Professor Dr. Simon hat es auch erwähnt. Es sind Dinge, die aus dem BMU gefördert werden. Es ist alles richtig, aber man muss auch schauen, dass man nicht zu viele Konzepte nur für die Schublade macht, sondern man untersucht, wenn die drei Jahre herum sind, wo es denn bei der Umsetzung hapert und ob es noch Möglichkeiten gibt, in die Umsetzung hinein noch einmal eine Förderung zu geben, um das stärker zu pushen. Auch die Themen Monitoring und Qualitätssicherung sind ein wichtiger Punkt, in den man noch hineingehen könnte. Auch da geht es letztendlich darum, einmal genauer hinzusehen und zu schauen, ob das, was man mit der Förderung erreichen und anstoßen will, tatsächlich auch erreicht wird. Wenn nicht, muss man überlegen, was man daraus lernen kann, was man an den Förderbedingungen ändern muss, dass man das auch wirklich insgesamt zu einem Erfolg führt.

Ich möchte noch zwei bis drei kleinere Punkte auch zu der Diskussion ansprechen, die bisher schon gelaufen ist. Wenn man als Letzter dran ist, hat man den Vorteil, auf das eine oder andere noch einmal eingehen zu können.

Ich glaube, Herr Dr. Mittrücker hatte eben die Frage nach dem Aktionsprogramm in Baden-Württemberg gestellt. Ich kenne die Zahlen natürlich auch nicht, was in Baden-Württemberg konkret damit erreicht wurde. Ich kann nur eine Zahl nennen, die vielleicht ein bisschen in die Richtung weist. Unsere Energieberatung ist vor einigen Jahren evaluiert worden. Als zentrales Ergebnis kam heraus, dass pro Euro Förderung in die Energieberatung ein Investitionsvolumen von zusätzlich 16 Euro ausgelöst wurde. Das heißt, eine Energieberatung, in welcher Form auch immer, möglichst anbieterunabhängig zu fördern, macht Sinn, weil sich das Ganze durch die zusätzlich ausgelösten Investitionen und die dadurch generierte Umsatzsteuer fast schon wieder refinanziert. Das könnte ein Hinweis darauf sein, dass solche Programme Sinn machen.

Es wurde eben die große Frage nach der Amortisation diskutiert. Ja, das ist eine wichtige Frage. Ich möchte nur darauf hinweisen, es gibt eine große Unbekannte, die die Berechnung von Amortisationszeiten so schwer macht. Das ist die Preisentwicklung bei den Energieträgern in den nächsten zehn bis 20 Jahren. Das ist die große Unsicherheit. Da mit fünf oder sechs Jahren oder mit anderen Zahlen zu argumentieren oder zu rechnen, halte ich immer für gefährlich.

Insgesamt kann auch das Thema der Wirtschaftlichkeit nicht pauschal beantwortet werden. Auch da gab es in den Medien diverse Dinge. Im Frühjahr konnte man wieder lernen, wie die Medienlandschaft funktioniert. Es wurde einfach behauptet, Wärmedämmung rechnet sich nicht. Eine solche Aussage macht keinen Sinn, weder in die eine noch in die andere Richtung. Es macht keinen Sinn, pauschal zu sagen, sie rechnet sich nicht. Es macht auch keinen Sinn, pauschal zu sagen, sie rechnet sich, sondern das ist eine Einzelfallbetrachtung. Dort muss man sehr genau hinschauen.

So viel von meiner Seite aus, alles Weitere gerne in der Diskussion oder auf Basis von Fragen.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Vielen Dank. Gibt es Fragen an Herrn Weinreuter? – Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich sehe schon, morgen ist Feiertag und alle scheinen im Aufbruch zu sein. Wir werden die Diskussion wahrscheinlich ein bisschen verschieben müssen.

Ich habe dennoch eine Frage, nämlich die der Zusammenarbeit der verschiedenen Institutionen, also Energieagentur, Handwerk, Architekten und Verbraucherzentrale. Sie haben viele Erfahrungen mit den 60 Beratungsstellen. Wo kommen die Leute zuerst hin, und wo werden sie am besten weiter betreut?

Herr Weinreuter: Das ist jetzt eine gefährliche Frage. Ich kann natürlich nur für uns antworten. Wir kennen uns alle. Alle handelnden Personen, die zu diesem Thema im Lande unterwegs sind, kennen sich natürlich. Sie arbeiten auch mehr oder weniger je nach Veranstaltung oder Situation zusammen.

Wir haben mit der Energieagentur eine Kooperationsvereinbarung, die wir auch auf regionaler Ebene mit Leben füllen. Insofern macht das Sinn.

Eben ist schon einmal das Thema Handwerk angesprochen worden. Da sehe ich nach unseren Erfahrungen einiges an Defiziten. In der Qualitätssicherung ist dort mit Sicherheit einiges zu tun. Wir haben bei bestimmten Feldtests festgestellt, so beispielsweise speziell bei den Brennwertkesseln, wie groß die Defizite im Einzelnen sein können. Da gibt es Handlungsbedarf. Man könnte dort noch einmal hineingehen, was das Thema Förderung angeht.

Qualitätssicherung halten wir für einen ganz wichtigen Punkt. So sehen wir auch unsere Aufgabe, im Sinne der Verbraucher genau darauf hinzuweisen, zu schauen und den Finger in die Wunde zu legen. Das ist das Geld der Leute, das letztendlich investiert wird. Da geht es darum, dass sie qualitativ hochwertige Produkte und Dienstleistungen bekommen, damit das, was wir alle wollen, nämlich die Energieeinsparung, auch tatsächlich passiert.

Herr Vors. Abg. Dr. Braun: Gibt es noch weitere Fragen? – Das ist nicht der Fall. Ich bedanke mich dann bei allen Anzuhörenden sehr herzlich, natürlich auch bei den sonstigen Anwesenden und Zuhörerinnen und Zuhörern.

**9. Sitzung des Unterausschusses „Begleitung der Energiewende in Rheinland-Pfalz“ am 28.05.2014
– Öffentliche Sitzung –**

Am Ende möchte ich noch einmal darauf hinweisen, dass dies nicht nur eine Anhörung war, weil wir wissen wollten, was Sie alles so machen, sondern das war natürlich auch eine Anhörung, die dazu dienen sollte, tiefer in das Thema hineinzugehen und auch für die Zukunft entsprechende Unterstützungs- und Förderprogramme zu planen. Insofern werden wir wahrscheinlich irgendwann einmal wieder auf Sie zukommen. Das Ministerium und Sie werden auch Kontakt haben. Es ist schon wichtig, dass man dann nicht parallel und aneinander vorbei Förderprogramme macht, wenn es überhaupt sinnvolle Förderprogramme gibt. Es scheint aber der Fall zu sein, dass es diese geben kann.

Insofern möchte ich noch einmal einen herzlichen Dank aussprechen. Sie kennen unsere Adressen, so dass wir gerne auch noch einmal weiter aufeinander zugehen können. Ich bedanke mich noch einmal sehr herzlich bei Ihnen.

Der Antrag – Vorlage 16/3548 – wird vertagt.

Elektronische Fassung

Punkt 5 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Vorsitzende stellt fest, dass zu dem Tagesordnungspunkt keine Wortmeldungen vorliegen.

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt **Herr Vors. Abg. Dr. Braun** die Sitzung.

gez. Patzwaldt
Protokollführerin

Elektronische Fassung